



Unter unseren Verhältnissen ... Der erste Armutsatlas für Regionen in Deutschland

Impressum

Herausgeber:

Der PARITÄTISCHE Gesamtverband
Oranienburger Str. 13-14
D-10178 Berlin
Telefon +49 (0) 30 - 24636-0
Telefax +49 (0) 30 - 24636-110

E-Mail: info@paritaet.org
Internet: www.paritaet.org

Verantwortlich: Dr. Ulrich Schneider

Arbeitsatlas:

Dr. Rudolf Martens
PARITÄTISCHE Forschungsstelle
Telefon +49 (0) 30 - 24636-313
Telefax +49 (0) 30 - 24636-130

E-Mail: forschung@paritaet.org
Internet: www.forschung.paritaet.org, www.armutsatlas.de

Kartengrundlage:

GfK GeoMarketing

Gestaltung:

Christine Maier, Der PARITÄTISCHE Gesamtverband

Alle Rechte vorbehalten

1. Auflage, Mai 2009

Inhalt

	Seite
Unter unseren Verhältnissen...?	04
Das Projekt Armutsatlas stellt sich vor	04
Grundlagen	05
Die „kleine Volkszählung“ Mikrozensus als Datengrundlage	05
Zu Raumordnungsregionen zusammengefasste Kreise als geeignete Raumgröße	06
Armutsgrenze: 60 Prozent eines mittleren Einkommens	06
Armutsverteilung in Deutschland	08
Armutsverteilung in den Bundesländern	13
Nordwestdeutschland	
Schleswig-Holstein	14
Hamburg	16
Niedersachsen	18
Bremen	20
Nordrhein-Westfalen	22
Rheinland-Pfalz	24
Saarland	26
Ostdeutschland	
Mecklenburg-Vorpommern	28
Brandenburg	30
Berlin	32
Sachsen-Anhalt	34
Sachsen	36
Thüringen	38
Süddeutschland	
Hessen	40
Bayern	42
Baden-Württemberg	44
Tabellen	46
Tabelle A: Raumordnungsregionen und Zugehörigkeit zum Bundesland, Angaben zu Armutsquoten 2005, 2006 und 2007	47
Tabelle B: Raumordnungsregionen angeordnet nach Höhe der Armutsquoten im Jahre 2007.....	49
Tabelle C: Raumordnungsregionen mit den zugehörigen Kreisen	51

Unter unseren Verhältnissen...?

Das Projekt Armutsatlas stellt sich vor

Dr. Rudolf Martens

Leiter der PARITÄTISCHEN Forschungsstelle



„Jetzt führt uns die Krise vor Augen: Wir haben alle über unsere Verhältnisse gelebt.“ So die vermeintliche Analyse. Sind „Wir“ alle kleine Sünderlein? Und haben als ganz normale Bürger die Krise mitverursacht, durch unsoliden Wirtschaften? Wie passt das zur hohen Sparquote in Deutschland, die viele als „Angstsparen“ bezeichnen? Wie passt das zu der seit Jahren beklagten Konsumschwäche in Deutschland?

Unter unseren Verhältnissen...! Die Mehrzahl der deutschen Bevölkerung lebt unter dem Lebensstandard, den das Wirtschaftswachstum ermöglicht hätte. Deutschland leistet sich seit der Jahrtausendwende stagnierende Realeinkommen von Arbeitern und Angestellten. Rentner und Bezieher von Arbeitslosengeld II und Grundsicherung mussten sogar mit sinkenden Realeinkommen fertig werden.

Diesen sozialen Zustand bildet der Armutsatlas für die Jahre 2005 bis 2007 ab: Deutschland noch ohne Krise und im Wachstum, aber mit vielen Nullrunden bei Einkommen und Sozialleistungen.

Der Charme einer Karte liegt in ihrer selbsterklärenden Wirkung. Der Mensch ist ein „Augentier“, und er kann anhand von Karten sofort Zusammenhänge, eine Ballung ungünstiger Merkmale, gewissermaßen die „Hinterhöfe“ in Deutschland, unmittelbar erkennen. Bundes- und Landesdurchschnitte

Der Durchschnitt ist der Freund der Politik. Regionalisierung und Kartendarstellung lösen die Durchschnittsbildung auf.

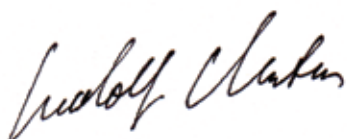
nivellieren, verwischen, verdecken: Insbesondere verdecken sie problematische Strukturen oder Entwicklungen. Der Durchschnitt ist der Freund der Politik. Regionalisierung und Kartendarstellung lösen die Durchschnittsbildung auf. Das ist angemessener: Der Mensch lebt nicht im Durchschnitt,

er lebt in der Region. Zahlenkolonnen zur Armut in der Region bekommen buchstäblich eine Färbung. Das kann dann mehr Farbe in einer Karte sein, als es so mancher gern hätte.

Ohne Daten kein Armutsbericht und kein Armutsatlas. In einer Sonderauswertung hat das Statistische Bundesamt für den Paritätischen regionalisierte Armutsquoten berechnet. Für die Unterstützung möchte ich mich ganz besonders bei den Kolleginnen und Kollegen bedanken.

Der erste Armutsbericht des Paritätischen wurde vom Verband im Jahre 1989 vorgestellt, genauer im November 1989, am Vorabend der Wiedervereinigung. Dann folgten noch zwei weitere Berichte 1994 und im Jahre 2000. Armutsberichte haben gewissermaßen eine Tradition im Paritätischen begründet, die mit dem ersten Armutsatlas für Regionen fortgeführt wird. Die sozialpolitischen Wirkungen der Armutsberichte waren sehr groß: Bekanntlich gibt es inzwischen eine amtliche Armuts- und Reichtumsberichterstattung des Bundes und bei Bundesländern.

Kartendarstellungen sind für sich schon starke Argumente in einer sozialpolitischen Debatte. Ich hoffe, dass der Armutsatlas die Armutsdiskussion in Deutschland neu belebt und neue Fragen nach Ursachen und Auswirkungen auf die Regionen gestellt werden. Ich hoffe aber auch, dass der Armutsatlas im Leser das Interesse für weitere und eigene Regionalanalysen und Kartendarstellungen weckt. Die Analysewerkzeuge stehen bereit.



Dr. Rudolf Martens

Berlin, 1. Mai 2009

Der PARITÄTISCHE Gesamtverband hat eine Datenbank eingerichtet, in der über den Inhalt vorliegender Broschüre hinaus und zusätzlicher Statistiken und die Möglichkeit der Abfrage auf Kreisbene angeboten wird: www.armutsatlas.de.

Umfangreiche Daten zu Armuts- und Sozialindikatoren auf Ebene des Bundes und der Länder sowie detaillierte Hintergrundinformationen zu amtlichen Datenquellen finden sich im Internet-Auftritt der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder: www.amtliche-sozialberichterstattung.de

Grundlagen

Die „kleine Volkszählung“ Mikrozensus als Datengrundlage

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder veranlassen seit 1957 jedes Jahr eine umfangreiche Befragung bei einem Prozent aller Haushalte in Deutschland. Das sind ca. 390.000 Haushalte mit 830.000 Personen, seit 1991 in den neuen Bundesländern mit etwa 160.000 Personen in rund 70.000 Haushalten. Im Statistischen Bundesamt erfolgt die organisatorische und technische Vorbereitung des Mikrozensus. Die Befragung der Haushalte und die Aufbereitung der Daten geschieht durch die Statistischen Landesämter.¹

Der Mikrozensus ist eine Zufallsstichprobe, alle Haushalte haben die gleiche Auswahlwahrscheinlichkeit. Hierzu werden in Deutschland Flächen („Auswahlbezirke“) durch mathematische Zufallsverfahren bestimmt, in denen *alle* Haushalte und Personen befragt werden. Dies betrifft auch Haushalte in Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünften. Nicht zur Erhebungsgesamtheit gehören Angehörige ausländischer Streitkräfte sowie ausländischer diplomatischer Vertretungen. Der Mikrozensus liefert repräsentative, wichtige statistische Informationen über die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung: beispielsweise über die Familienformen, das Einkommen, die Erwerbstätigkeit und

die Ausbildung. Darüber hinaus können die Eck- und Strukturdaten des Mikrozensus genutzt werden, um andere amtliche und nicht-amtliche Statistiken zu überprüfen bzw. zu revidieren.

Die Teilnahme am Mikrozensus ist für jeden Haushalt verpflichtend, dies ist in einem eigenständigen „Mikrozensusgesetz“ geregelt. Für die wesentlichen Fragen, so auch über das Nettoeinkommen des Haushaltes, besteht Auskunftspflicht. Allerdings sind Proxy-Interviews zulässig. Bei einem Proxy-Interview darf ein erwachsenes Haushaltsmitglied stellvertretend für andere Haushaltsmitglieder antworten.

Wegen der gesetzlichen Auskunftspflicht sind Armutsanalysen mit Hilfe des Mikrozensus besonders vorteilhaft gegenüber freiwilligen Erhebungen. Die üblicherweise Untererfassung von einkommensschwachen Haushalten bei freiwilligen Erhebungen entfällt hier.² Durch die hohe Haushalts- und Personenzahl sind tiefe regionale Analysen, beispielsweise unterhalb von Bundesländern, möglich. Ein weiteres Vorteil des Mikrozensus ist seine Aktualität, nach einer Erhebungswelle liegen bereits Ergebnisse nach etwa einem halben Jahr vor.

¹ Ausführliche Angaben zum Mikrozensus finden sich in der „Begründung des Entwurfs für das Gesetz zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt sowie die Wohnsituation der Haushalte“ (Mikrozensusgesetz 2005 – MZG 2005) vom 24. Juni 2004 (Bundestagsdrucksache Nr. 15/2543 vom 18. Februar 2004 sowie Änderungen des Mikrozensusgesetzes in Bundestagsdrucksache Nr. 16/5239 vom 8. Mai 2007).

² für Analysen zur Einkommensarmut werden nur Privathaushalte herangezogen, zur Messmethodik s. Stauder, Johannes und Hüning, Wolfgang (2004): Die Messung von Äquivalenzeinkommen und Armutsquoten auf der Basis des Mikrozensus.- Statistische Analysen und Studien Nordrhein-Westfalen, Bd. 13, S. 9-31; Gerhardt, Anke, Habenicht, Karin und Munz, Eva (2009): Analysen zur Einkommensarmut mit Datenquellen der amtlichen Statistik.- Statistische Analysen und Studien Nordrhein-Westfalen, Bd. 58, S. 3-30

Zu Raumordnungsregionen zusammengefasste Kreise als geeignete Raumgröße

Das Projekt „Armutsatlas“ hat sich die Aufgabe gestellt, Armutsquoten unterhalb der Größe von Bundesländern auszuweisen. Dabei liegt die Herausforderung darin, eine geeignete Raumeinheit zu finden, die genügend große Stichproben im Mikrozensus umfasst. Um aussagekräftige Ergebnisse zu gewinnen, muss die Stichprobe so groß sein, dass der Standardfehler nicht zu bestimmend wird. Ideal wäre eine Bevölkerungszahl von etwa einer halben Mio. Einwohnern – und damit ca. 5.000 Personen in der Stichprobe.³ Bei der Berechnung von Armutsquoten lassen sich mit dieser Stichprobengröße gute Ergebnisse erzielen.

Die meisten Kreise und kreisfreien Städte haben weniger als eine halbe Mio. Einwohner, sie kommen daher als Raumgröße für eine gesamtdeutsche Darstellung und Länderdarstellungen für ein Bezugsjahr nicht in Frage. Für die Raumordnungsberichterstattung des Bundes werden mehrere Kreise und kreisfreie Städte zu „Raumordnungsregionen“ zusammengefasst. „Raumordnungsregionen“ sind für eine Armutsanalyse vorteilhaft, da sie stets mehrere Hunderttausend Einwohner umfassen.

Raumordnungsregionen sind eine wichtige und seit langem etablierte Form des Beobachtungs- und Analyserasters der Bundesrepublik Deutschland. Aktuell existieren 96 Raumordnungsregionen, wobei die Abgrenzung mit einer Ausnahme (Bremen/Niedersachsen) entlang der Ländergrenzen folgt.⁴ Die Abgrenzung der Raum-

³ s. Statistisches Bundesamt (2008): Sozialeistungen 2007. Angaben zur Krankenversicherung (Ergebnisse des Mikrozensus).- Fachserie 13, Reihe 1.1; hochgerechnete Jahresergebnisse unter 5.000 werden in veröffentlichten Mikrozensus-Tabellen nicht angezeigt – wegen der Größe ihres Standardfehlers und damit geringen Aussagewertes

⁴ s. die Anmerkungen zu Bremen und Niedersachsen im Teil „Bundesländer“, S. 19 und 21

ordnungsregion folgt zumeist den Planungsregionen der Bundesländer. Die drei Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin bilden jeweils eine Raumordnungsregion. Idealerweise soll sich eine Raumordnungsregion aus einem ökonomischen Zentrum mit dem entsprechenden Umland zusammensetzen. Bei der empirischen Analyse werden besonders die Pendlerströme bzw. Einzugsbereiche der zentralen Orte berücksichtigt.⁵

Armutsgrenze: 60 Prozent eines mittleren Einkommens

Armut liegt immer dann vor, wenn eine Person ein sozio-kulturelles Existenzminimum nicht erreicht oder anders ausgedrückt: wenn sie keine angemessene Teilhabe an der Gesellschaft hat und so ausgegrenzt ist. Bei der Betrachtung von Ausgrenzung sind viele Dimensionen einer Lebenslage wichtig, beispielsweise Wohnen und Arbeitsplatz. Im Falle eines Sozialstaats ist ein Existenzminimum gemeint, das sich eher an einer „mittleren“ Lebensweise orientiert und das auch den Aufwand umfasst für eine Mindestversorgung in den Bereichen Erziehung und Bildung, Gesundheit, Transportmöglichkeiten, Information, kulturelle Beteiligung, Rechtsschutz, soziale Kontakte und soziale Integration. In einer wachsenden Wirtschaft würde sich das sozio-kulturelle Existenzminimum entsprechend erhöhen. Für viele dieser Lebenslagen ist das verfügbare Einkommen die wichtigste Voraussetzung. Viele Untersuchungen zu Armut gehen daher vom Einkommen als der zentralen Ressource eines Haushalts aus.

⁵ s. Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Internetauskunft zum Stichwort „Raumordnungsregion“

Tabelle 1: Armutsgrenzen in Euro für unterschiedliche Haushaltskonstellationen; Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder sowie eigene Berechnungen

Jahr	allein lebende Person	Paar ohne Kind	Paar mit Kindern			Alleinerziehende	
			mit 1 Kind	mit 2 Kindern	mit 3 Kindern	mit 1 Kind	mit 2 Kindern
2005	736	1.324	1.545	1.765	1.986	956	1.177
2006	746	1.344	1.567	1.791	2.015	970	1.194
2007	764	1.376	1.605	1.835	2.064	994	1.223

Tabelle 2: Armutsgrenzen in Euro mit Einrechnung der Verbraucherpreise (Preisindizes zur Deflationierung: 2005 = 100,0 / 2006 = 101,6 / 2007 = 103,9); Datenquelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen.

Jahr	allein lebende Person	Paar ohne Kind	Paar mit Kindern			Alleinerziehende	
			mit 1 Kind	mit 2 Kindern	mit 3 Kindern	mit 1 Kind	mit 2 Kindern
2005	736	1.324	1.545	1.765	1.986	956	1.177
2006	735	1.322	1.543	1.763	1.984	955	1.175
2007	736	1.324	1.545	1.766	1.986	956	1.177

Der zweite und dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung orientiert sich an einem relativen Einkommensbegriff, bei dem die Armutsgrenze – der Bericht der Bundesregierung spricht von „Armutsrisikoquote“ – auf 60 Prozent eines mittleren Einkommens (Medianeinkommen) festgelegt wird.⁶ Der Armutsatlas folgt dieser allgemein anerkannten Definition von Armutsgrenze, die auch innerhalb der Europäischen Union als verbindlicher Indikator zur Armutsmessung gilt.

Die Bevölkerung setzt sich aus den unterschiedlichsten Haushaltsformen und -größen zusammen. Wenn gesamtgesellschaftliche Einkommensvergleiche und Armutsberechnungen durchgeführt

werden sollen, müssen die Haushalte – entsprechend ihrer Größe und Alterszusammensetzung – durch Gewichtungsfaktoren, sogenannten Äquivalenzziffern, geteilt werden, um die Wohlstandspositionen der einzelnen Haushaltsmitglieder zu bestimmen.⁷

In der **Tabelle 1** sind die Armutsgrenzen für unterschiedliche Haushaltsformen verzeichnet. Die Armutsgrenzen steigen zwischen 2005 und 2007 an. Bei Einrechnung der Verbraucherpreise ergibt sich ein ganz anderes Bild: Die Armutsgrenzen bleiben im Zeitraum praktisch konstant und unterscheiden sich zwischen 2005 und 2007 um maximal ein bzw. zwei Euro (**Tabelle 2**).

⁶ Bundesregierung (2005): Lebenslagen in Deutschland. Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht.- Berlin; Bundesregierung (2008): Lebenslagen in Deutschland. Der dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.- Berlin; Textfassung Armutsberichte im Internet: <http://www.bmas.bund.de/>; Beispiel: Schichtet man die Einkommen von fünf Ein-Personen-Haushalten nach der jeweiligen Einkommenshöhe, so entspräche das Einkommen des Haushaltes Nr. 3 dem Median-Einkommen – zwei Haushalte hätten höhere Einkommen und zwei Haushalte hätten niedrigere Einkommen als der Haushalt Nr. 3, der „Median-Haushalt“

⁷ Wie im Falle der 60 Prozent-Schwelle (Median) als Armutsschwelle (regierungsamtliche Bezeichnung: „Armutsrisiko-Schwelle“) existieren verbindliche Äquivalenzziffern, die ebenfalls EU-weit gelten, die „neue OECD-Skala“: Hierbei wird die erste erwachsene Person eines Haushaltes mit dem Faktor 1,0 gerechnet, alle weiteren Personen ab 14 und mehr Jahren mit dem Faktor 0,5 und Kinder von 0 bis unter 14 Jahren mit 0,3. Nur auf diese Weise sind Vergleiche z. B. zwischen Ein-Personen-Haushalten oder Fünf-Personen-Haushalten (mit zwei Erwachsenen und drei Kindern) möglich. Diese Rechenweise liegt auch den Tabellen 1 und 2 zugrunde.

Armutsverteilung in Deutschland

Bei der Betrachtung der Armutsquoten 2007 der sechzehn Bundesländer in **Karte 1** springt zunächst der Ost-West-Unterschied ins Auge. Typisch sind für die ostdeutschen Bundesländer insgesamt hohe Armutsquoten, die durch unterschiedliche Rotfärbungen dargestellt werden. Westdeutschland zeigt insgesamt deutlich niedrigere Armutsquoten, dabei ist die Spannweite der Armutsquoten größer als in Ostdeutschland. In Westdeutschland erstreckt sich die Spannweite von Werten in Bremen, die an Ostdeutschland erinnern, bis zu Werten in Baden-Württemberg, dem Land mit den günstigsten Armutsquoten in Deutschland.

Anstelle der üblichen West-Ost-Betrachtung kann mit einer gewissen Berechtigung von einer Dreiteilung Deutschlands gesprochen werden, wie in **Tabelle 3** dargestellt: Westdeutschland teilt sich auf in den süddeutschen Bereich mit den Ländern Hessen, Baden-Württemberg und Bayern sowie den nordwestdeutschen Bereich mit den Ländern zwischen Saarland und Schleswig-Holstein. Der süddeutsche Bereich zeigt eine Armutsquote von knapp 11 Prozent, Nordwestdeutschland liegt mit fast 15 Prozent deutlich über dem süddeutschen Bereich und etwa in der Mitte zwischen der Armutsquote Ostdeutschlands mit fast 20 Prozent und dem süddeutschen Bereich. Die ostdeutsche Quote ist mit fast 20 Prozent beinahe doppelt so hoch wie diejenige des süddeutschen Bereichs mit knapp 11 Prozent.

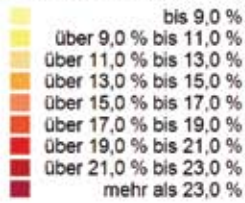
Auf der Ebene der Großregionen ergibt sich zwischen 2005 und 2007 nur eine geringe Dynamik in der Entwicklung der Armutsquoten. Zwischen 2005 und 2007 liegt die Abnahme der Armutsquoten für alle Großregionen unterhalb eines Prozentpunktes.

Karte 1: Armutsquoten 2007 für Bundesländer in Prozent; Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder. →

Tabelle 3: Armutsquoten 2005, 2006 und 2007 für Deutschland, Ost- und Westdeutschland, zusätzlich aufgeteilt in den nordwestdeutschen und süddeutschen Bereich, sowie nach Bundesländern; Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder sowie eigene Berechnungen.

Nr.	Gliederung	Armutsquoten in Prozent		
		2005	2006	2007
	Deutschland	14,7	14,0	14,3
	Ostdeutschland	20,4	19,2	19,5
	Westdeutschland	13,2	12,7	12,9
	- aufgeteilt in			
	nordwestdeutscher Bereich	14,8	14,2	14,6
	süddeutscher Bereich	11,4	10,9	10,8
1	Schleswig-Holstein	13,3	12,0	12,5
2	Hamburg	15,7	14,3	14,1
3	Niedersachsen	15,5	15,3	15,5
4	Bremen	22,3	20,4	19,1
5	Nordrhein-Westfalen	14,4	13,9	14,6
6	Hessen	12,7	12,0	12,0
7	Rheinland-Pfalz	14,2	13,2	13,5
8	Baden-Württemberg	10,6	10,1	10,0
9	Bayern	11,4	10,9	11,0
10	Saarland	15,4	16,0	16,8
11	Berlin	19,7	17,0	17,5
12	Brandenburg	19,2	18,9	17,5
13	Mecklenburg-Vorpommern	24,0	22,9	24,3
14	Sachsen	19,2	18,5	19,6
15	Sachsen-Anhalt	22,4	21,6	21,5
16	Thüringen	19,9	19,0	18,9

Armutsquoten 2007
Bundesländer (in Prozent)



100 km

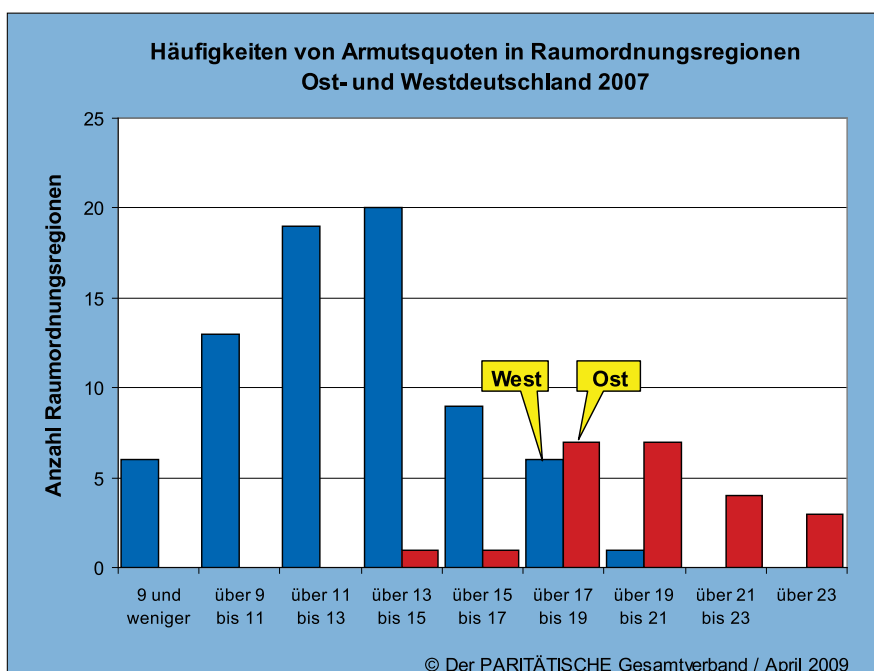
Der PARITÄTISCHE Gesamtverband
Paritätische Forschungsstelle
Dr. Rudolf Martens, April 2009

In **Karte 2** sind die Armutsquoten anhand der Raumordnungsregionen dargestellt. Das Bild auf Länderebene mit deutlich voneinander zu unterscheidenden Großregionen löst sich teilweise auf. Die Raumordnungsregionen zeigen für die Flächenländer – vor allem in Westdeutschland – eine z. T. sehr starke Binnendifferenzierung der Armutsquoten. Der süddeutsche Bereich zerfällt in drei prosperierende Regionen mit niedrigen Armutsquoten: das Rhein-Main-Gebiet, der Stuttgarter Raum und der Raum um München. In Norddeutschland springt das Umland von Hamburg mit niedrigen Armutsquoten ins Auge. Neben und um diese Regionen gruppieren sich Raumordnungsregionen mit deutlich höheren Armutsquoten. Im westlichen Deutschland fallen die alten industriellen Kerne im Saarland und im Ruhrgebiet mit erhöhten Armutsquoten auf. Hinzu kommen ländliche Bereiche insbesondere in Niedersachsen, die z. T. beträchtliche Armutsquoten aufweisen.

Für Ostdeutschland fällt das Bild andersartig aus. Die Armutsquoten in Ostdeutschland variieren weniger als in Westdeutschland, wobei sich die Armutsquoten auf einem bedeutend höheren

Niveau als in Westdeutschland bewegen. Ausnahmen bilden die beiden Raumordnungsregionen in Südthüringen und im Südwesten Berlins, die vergleichbare Armutsquoten wie in Nordwestdeutschland besitzen.

Die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland werden in **Grafik 1** von einer anderen Seite beleuchtet. Die Verteilung der Armutshäufigkeiten der Raumordnungsregionen weist nach Grafik 1 zwei Maxima auf. Das höhere Maximum (blau) zwischen 11 und 15 Prozent bezieht sich auf Westdeutschland. Die westdeutschen Armutsquoten reichen von Werten unter 9 Prozent bis zu Werten von über 17 Prozent. Das zweite, kleinere Maximum (rot) in der Verteilung der Armutsquoten bezieht sich auf die ostdeutschen Raumordnungsregionen, und liegt zwischen 17 und 21 Prozent. Nur zwei Raumordnungsregionen in Ostdeutschland haben eine Quote mit weniger als 17 Prozent. Dies bedeutet aber, dass die strukturellen Schwächen Ostdeutschlands, ausgedrückt in hohen Armutsquoten, einen tendenziell flächendeckenden Charakter besitzen.

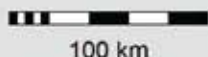
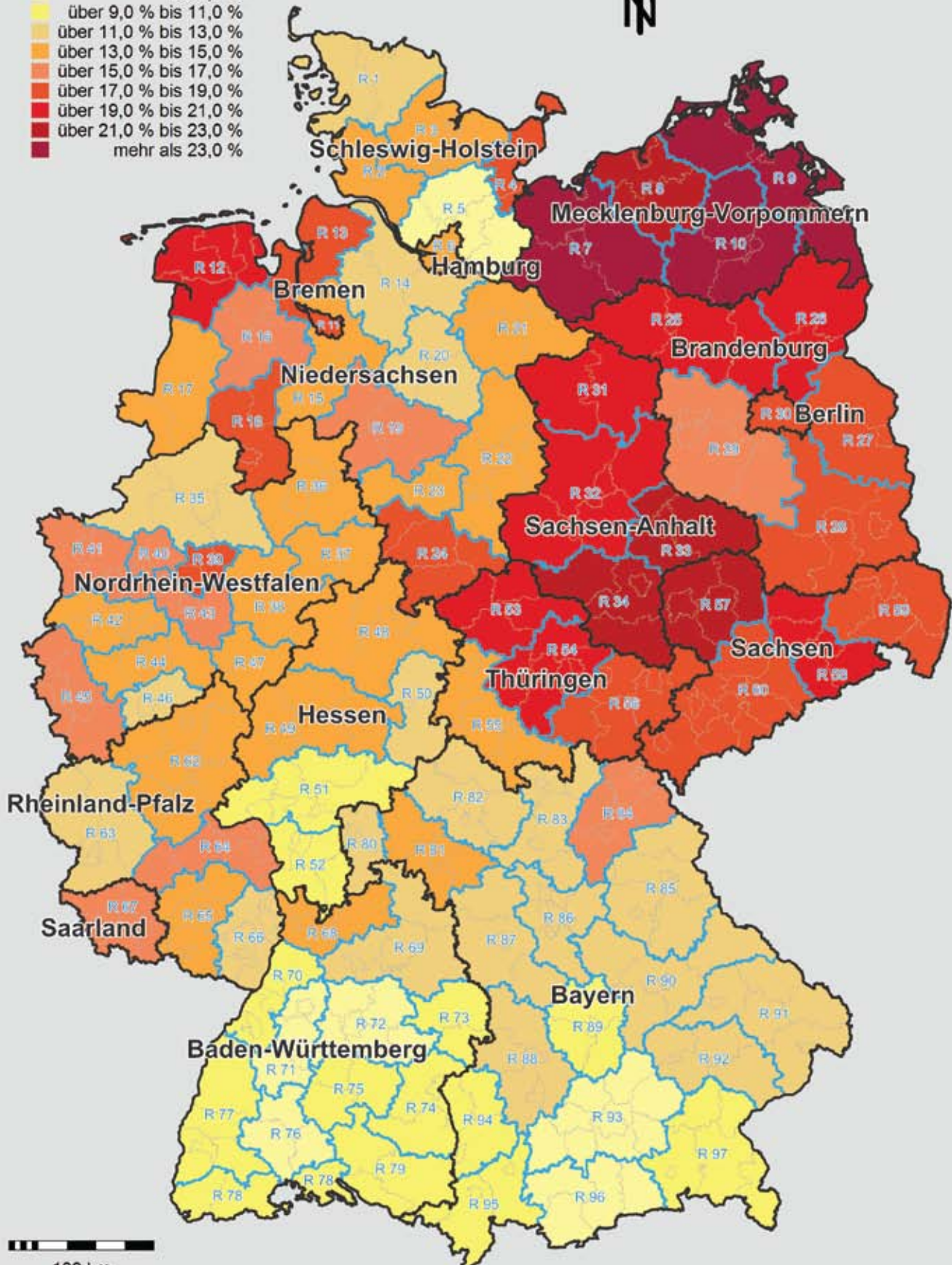
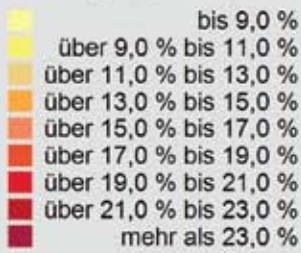


Karte 2: Darstellung der Armutsquoten für Raumordnungsregionen; Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder.



Grafik 1: Häufigkeiten und Verteilung der Armutsquoten der Raumordnungsregionen nach West- und Ostdeutschland getrennt; Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder sowie eigene Berechnungen.

Armutsquoten 2007
Raumordnungsregionen (in Prozent)



Der PARITÄTISCHE Gesamtverband
Paritätische Forschungsstelle
© Dr. Rudolf Martens, April 2009

Armutsverteilung in den Bundesländern

Kartenlegende



Farbschema der Armutsquoten

Farben abgegrenzt in Schritten von zwei Prozent, der Kasten bezieht sich auf das jeweilige Bundesland und umschließt den auf das Bundesland bezogenen Minimalwert und Maximalwert der Armutsquoten



Schwarze Linie: **Ländergrenzen**



Blaue Linie: **Raumordnungsregionen**



Nummer der Raumordnungsregion



Dünne hellgraue Linie: **Kreisgrenze**



Städte: **Einwohner über 100.000**



Städte: **Einwohner von über 50.000 bis 100.000**



Städte: **Einwohner von über 20.000 bis 50.000**

Erläuterungen zu **Indikatoren im Text** im Tabellenanhang, S. 46

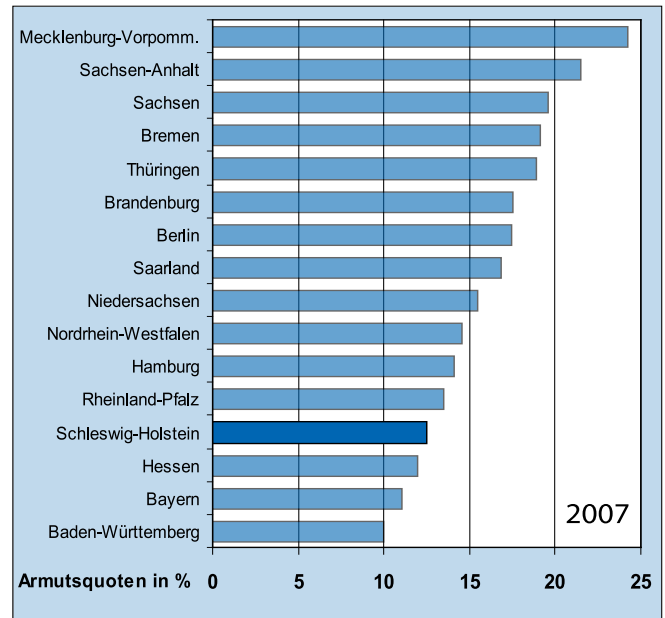
Schleswig-Holstein



Schleswig-Holstein ist mit einer Fläche von 15.799 km² ein vergleichsweise kleines Flächenland. Es wird von 2,84 Mio. Einwohnern bewohnt und hat mit 179 Einwohnern pro km² eine unterdurchschnittliche Bevölkerungsdichte. Bei den innerdeutschen Wanderungsbewegungen konnte das Bundesland Zuwanderungsgewinne von 67.000 Personen zwischen 1991 und 2006 erzielen.

Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner lag 2007 bei 25.478 Euro und damit im bundesdeutschen Vergleich an zehnter Stelle. In Schleswig-Holstein arbeiten noch verhältnismäßig viele Einwohner in der Landwirtschaft. Drei Großräume lassen sich unterscheiden. Das prosperierende Hamburger Umland, in dem der Maschinenbau und die Dienstleistungen dominieren. Die strukturschwache Westküste, die von Landwirtschaft, Tourismus und Windenergie geprägt ist. Und die Hafenstädte an der Ostküste, in denen Handel, Verkehr und Schiffsbau eine besondere Rolle spielen. Im Land ist ein Drittel der gesamten deutschen Fischereiflotte stationiert. Rund ein Viertel der deutschen Reedereien sind im Land ansässig.

Die Anzahl der Erwerbstätigen nahmen von 1991 bis 2008 um 5,6 Prozent zu. Die Arbeitslosenquote lag 2008 mit 7,6 Prozent leicht unter dem Bundesdurchschnitt von 7,8 Prozent. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung verminderte sich zwischen 1993 und 2008 um 1,5 Prozent, ein mittlerer Wert im Vergleich der Bundesländer (Durchschnitt = minus 4,0 Prozent). Am Jahresende 2006 bezogen 10,4 Prozent der Bevölkerung Mindestsicherungsleistungen (Durchschnitt = 10,1 Pro-



zent) in Form von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld (Hartz IV), Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsminderung und Sozialhilfe (SGB II und SGB XII).

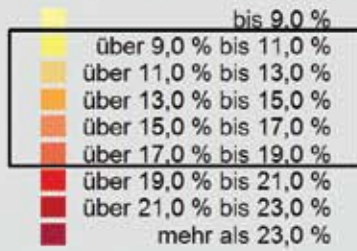
Armutsentwicklung

In 2007 wies Schleswig-Holstein eine Armutsquote von 12,5 Prozent aus. Das Land lag damit 1,8 Prozentpunkte unter dem Deutschlanddurchschnitt und etwa auf dem gleichen Wert wie Westdeutschland. Die Entwicklung zwischen 2005 und 2007 folgte dem Trend in Deutschland. Die Quote ist in der genannten Zeit um fast einen Prozentpunkt gesunken.

Armutquoten in %	2005	2006	2007
Deutschland	14,7	14,0	14,3
Westdeutschland	13,2	12,7	12,9
Ostdeutschland	20,4	19,2	19,5
Schleswig-Holstein	13,3	12,0	12,5

Die Regionen zeigen sehr erhebliche Unterschiede. In der Umgebung von Hamburg ergibt sich eine Quote von 8,3 Prozent, die nur in Süddeutschland, in der Region München und im zentralen Bereich Baden-Württembergs erreicht wird. Im Anschluss daran werden in Schleswig-Holstein Ost Werte von 17,6 Prozent gemessen, die mehr als den doppelten Wert von Schleswig-Holstein Süd aufweisen. Die Gebiete Schleswig-Holstein Mitte und Südwest haben nicht so hohe Werte wie Holstein Ost und weisen ca. 15 Prozent aus. Der ländliche Bereich Schleswig-Holstein Nord hat wiederum mit unter 12 Prozent eine Armutsquote, die sogar unter dem westdeutschen Durchschnitt liegt.

Armutquoten 2007
Raumordnungsregionen (in Prozent)



Schleswig-Holstein



Nr.	Raumordnungsregion	Armutquote %
1	Schleswig-Holstein Nord	11,7
2	Schleswig-Holstein Süd-West	14,8
3	Schleswig-Holstein Mitte	15,0
4	Schleswig-Holstein Ost	17,6
5	Schleswig-Holstein Süd	8,3



Der PARITÄTISCHE Gesamtverband
 Paritätische Forschungsstelle
 © Dr. Rudolf Martens, April 2009

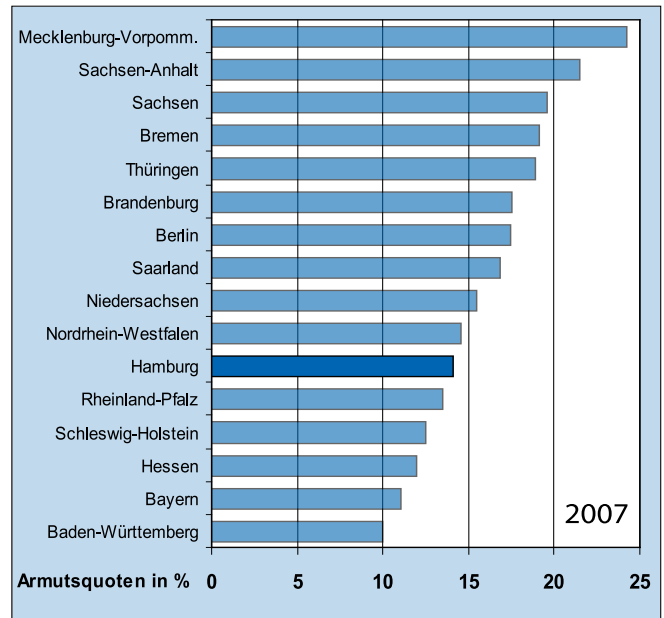
Freie und Hansestadt Hamburg



Der Stadtstaat Hamburg, hat eine Fläche von 755 km² und ist damit das zweitkleinste Bundesland nach Bremen. Auch bezüglich der Einwohnerzahl liegt Hamburg mit 1.76 Mio. Einwohnern an vorletzter Stelle. Die Bevölkerungsdichte beträgt 2.334 Einwohner pro km². Damit ist das Bundesland sehr dicht besiedelt. Hamburg konnte bei den Binnenwanderungsbewegungen 1991 bis 2006 deutliche Zugewinne von 30.000 Personen erzielen.

Gemessen an der Wirtschaftsleistung je Einwohner befindet sich der Stadtstaat mit weitem Abstand (50.497 Euro) im Bundesvergleich auf Platz eins (2007). Dabei spielt auch ein hoher Überschuss an Berufseinpendlern eine spürbare Rolle. Hamburg ist als Handels-, Verkehrs- und Dienstleistungszentrum von überregionaler Bedeutung und zählt zu den wichtigsten Industriestandorten in der EU. Wichtige Wirtschaftszweige sind die Konsumgüterindustrie, Luftfahrtindustrie, Logistik, Chemie, Elektrotechnik, Maschinen- und Schiffsbau, Mineralölwirtschaft, Banken, Medien und Versicherungen. Die größten Arbeitgeber waren 2006 die Stadt Hamburg, Airbus, Deutsche Lufthansa und die Asklepios Kliniken.

Die Zahl der Erwerbstätigen stieg zwischen 1991 und 2008 im Bundesvergleich recht stark um 9,5 Prozent. Die Arbeitslosenquote lag mit 8,1 Prozent (2008) leicht über dem Bundesdurchschnitt (7,8 Prozent). Bei der Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse schnitt Hamburg mit einem Plus von 1,9 Prozent am zweitbesten von allen Ländern ab (1993-2008).



Am Jahresende 2006 bezogen 13,9 Prozent der Bevölkerung Mindestsicherungsleistungen (Durchschnitt = 10,1 Prozent) in Form von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld (Hartz IV), Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsminderung und Sozialhilfe (SGB II und SGB XII).

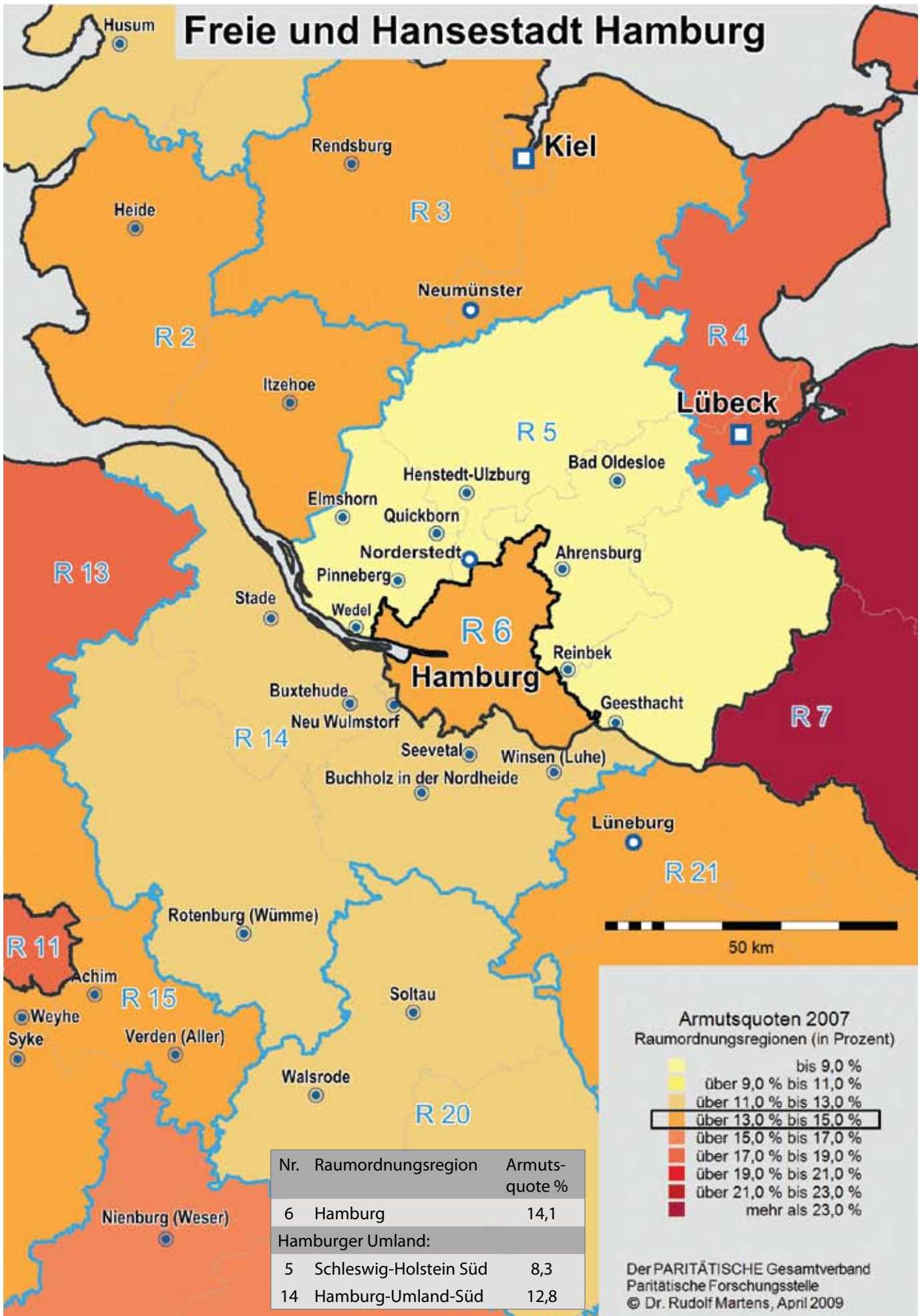
Armutsentwicklung

Im Jahre 2007 wies Hamburg eine Armutsquote von 14,1 Prozent auf. Damit befand sich jeder siebte Hamburger Bürger in einer Armutssituation. Dieser Wert entspricht etwa dem Deutschlanddurchschnitt. Von allen Bundesländern lag Hamburg im unteren Mittelfeld, innerhalb der westlichen Bundesländern in der Mitte. Zwischen 2005 und 2007 konnte Hamburg seine Situation kontinuierlich verbessern. Die Armutsquote sank von 15,7 Prozent 2005 auf 14,1 Prozent 2007, dies entspricht einem Rückgang von 10 Prozent.

Armutquoten in %	2005	2006	2007
Deutschland	14,7	14,0	14,3
Westdeutschland	13,2	12,7	12,9
Ostdeutschland	20,4	19,2	19,5
Hamburg	15,7	14,3	14,1

Im Hamburger Umland finden sich prosperierende Wirtschaftszweige. Das nördliche Umland Hamburgs weist eine der niedrigsten Armutsquoten in Deutschland auf: 8,3 Prozent in Schleswig-Holstein-Süd. Dieser „Speckgürteleffekt“ macht sich im südlichen Umland von Hamburg sehr viel weniger bemerkbar, denn dort sind die Armutsquoten mit 12,8 Prozent erheblich höher als im nördlichen Umland.

Freie und Hansestadt Hamburg



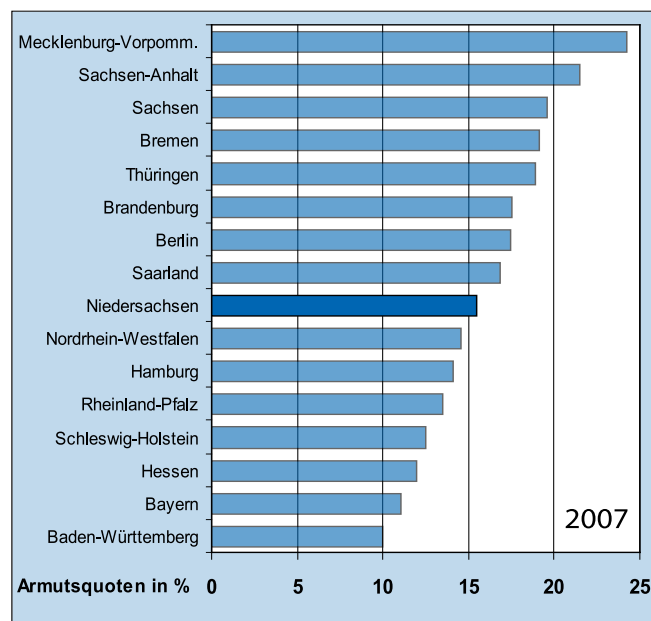
Niedersachsen



Niedersachsen ist mit einer Fläche von 47.641 km² das zweitgrößte Bundesland. Im Jahre 2007 lebten dort 7,98 Mio. Menschen. Die Bevölkerungsdichte ist mit 167 Einwohnern pro km² deutlich unter dem Durchschnitt der Flächenländer. Niedersachsen ist das Bundesland, das die höchsten Binnenwanderungsverluste zu verzeichnen hatte, der negative Binnenwanderungssaldo betrug 454.000 Einwohner zwischen 1991 und 2006.

Beim Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner lag das Bundesland 2007 im Bundesvergleich mit 25.897 Euro auf Platz acht. Das industrielle Zentrum Niedersachsens befindet sich im Raum Hannover. Zu den strukturschwachen Regionen gehören die großräumigen ländlichen Bereiche im Nordosten und im Westen Niedersachsens. Eine Ausnahme bildet die ländliche Region Oldenburg-Münsterland. An der Küste spielt die Hafenwirtschaft eine besondere Rolle, wobei die Bedeutung des Schiffbaus in den vergangenen Jahren deutlich abgenommen hat. Die Bundeswehr gehört mit über 55.000 Soldaten und zivilen Beschäftigten zu den bedeutendsten Arbeitgebern. Dazu trägt Europas größter Truppenübungsplatz im Südteil der Lüneburger Heide bei.

Der Arbeitsmarkt hat sich in den vergangenen Jahren positiv entwickelt. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg zwischen 1991 und 2008 um 11,2 Prozent, was ein Anstieg von 3,30 auf 3,67 Mio. Erwerbstätige bedeutet. Die Arbeitslosigkeit war mit 7,7 Prozent 2008 leicht unter dem Bundesdurchschnitt von 7,8 Prozent. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stagnierte und



nahm zwischen 1993 und 2008 nur um 0,1 Prozent zu. Am Jahresende 2006 bezogen 10,3 Prozent der Bevölkerung Mindestsicherungsleistungen (Durchschnitt = 10,1 Prozent) in Form von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld (Hartz IV), Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsminderung und Sozialhilfe (SGB II und SGB XII).

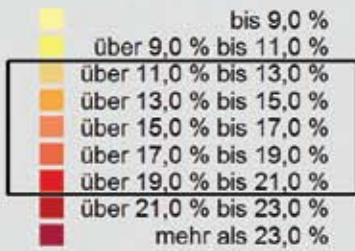
Armutsentwicklung

Die Armutsquote beträgt im Land 15,5 Prozent. Mit diesem Wert liegt es im Mittelfeld. Verglichen mit Westdeutschland gehört dieser Wert ins obere Drittel, nur das Saarland und Bremen weisen höhere Werte auf. Zwischen 2005 und 2007 verharren die Armutsquoten auf dem gleichen Niveau, das, bezogen auf 2007, um 1,2 Prozentpunkte höher liegt als der Deutschlanddurchschnitt.

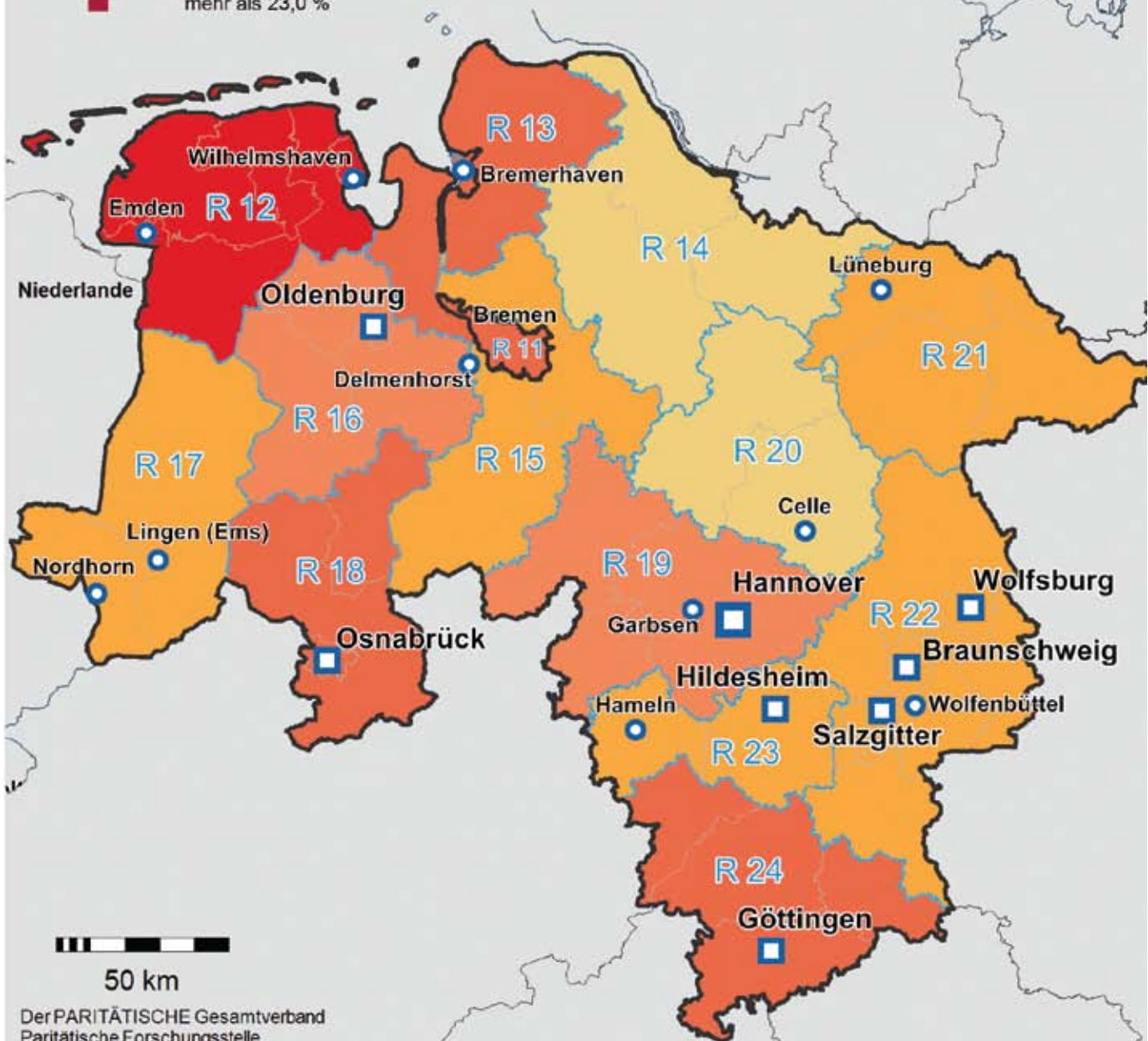
Armutsquoten in %	2005	2006	2007
Deutschland	14,7	14,0	14,3
Westdeutschland	13,2	12,7	12,9
Ostdeutschland	20,4	19,2	19,5
Niedersachsen	15,5	15,3	15,5

Im Land zeigen sich große Unterschiede in den Armutsquoten. Sie reichen von 12,4 Prozent in Südheide bis zu 20,3 Prozent in Ostfriesland. Niedrige Werte sind insbesondere im Hamburger Umland zu verzeichnen sowie im Umland von Bremen (12,8 und 13,7 Prozent). Die Gegenden um Hannover und die Region um Braunschweig, Salzgitter und Wolfsburg weisen dagegen recht hohe Werte zwischen 16,3 und 14,2 Prozent auf. Weitere Schwerpunkte mit hohen Armutsquoten sind der Osnabrücker Raum mit 17,0 Prozent und Südniedersachsen (Göttinger Raum) mit 18,5 Prozent.

Armutquoten 2007
Raumordnungsregionen (in Prozent)



Niedersachsen



50 km

Der PARITÄTISCHE Gesamtverband
Paritätische Forschungsstelle
© Dr. Rudolf Martens, April 2009

Nr.	Raumordnungsregion	Armutquote %	Nr.	Raumordnungsregion	Armutquote %
12	Ost-Friesland	20,3	19	Hannover	16,3
13	Bremerhaven*	17,4	20	Südheide	12,4
14	Hamburg-Umland-Süd	12,8	21	Lüneburg	14,8
15	Bremen-Umland	13,7	22	Braunschweig	14,1
16	Oldenburg	16,2	23	Hildesheim	13,4
17	Emsland	13,6	24	Göttingen	18,5
18	Osnabrück	17,0			

* die niedersächsischen Landkreise Cuxhaven und Wesermarsch sowie die kreisfreie Stadt Bremerhaven, die zum Bundesland Bremen gehört

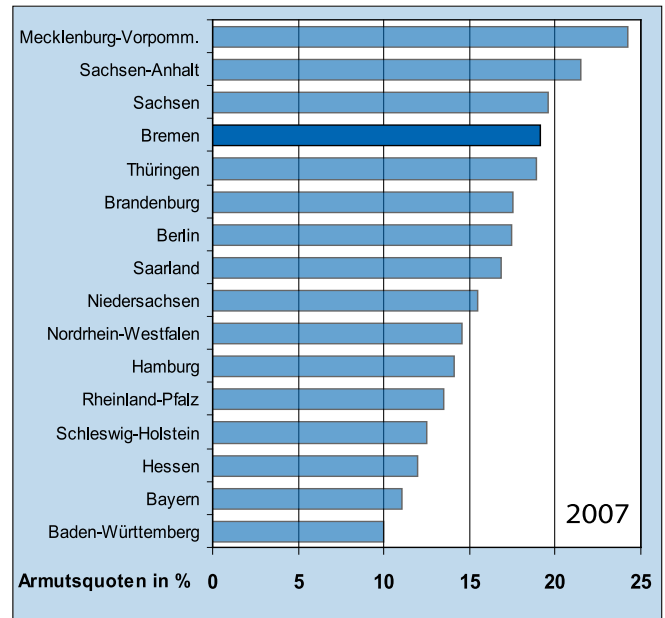
Freie Hansestadt Bremen



Bremen ist mit Abstand das kleinste Bundesland nach der Fläche, die 404 km² beträgt, und nach der Einwohnerzahl, die bei 664.000 Einwohnern liegt. Die Bevölkerungsdichte ist mit 1.641 Einwohnern pro km² die dritthöchste nach Berlin und Hamburg. Mit einer innerdeutschen Abwanderung von über 23.000 Personen zwischen 1991 und 2006 verzeichnete das Bundesland einen Verlust.

Die Wirtschaftsleistung betrug im Jahre 2007 je Einwohner 39.979 Euro. Damit lag Bremen nach Hamburg im Bundesvergleich auf Platz zwei. Mitverantwortlich dafür ist auch ein hoher Überschuss an Berufseinpendlern. Aufgrund der Hafengruppe Bremen-Bremerhaven ist das Bundesland Deutschlands zweitwichtigster Außenhandelsstandort nach Hamburg. In Bremen befinden sich ein Daimler-Werk, eine Luft- und Raumfahrtproduktion von Airbus sowie zahlreiche Unternehmen der Lebensmittelindustrie.

Bremen hatte 2008 insgesamt 393.000 Erwerbstätige, die Anzahl nahm zwischen 1991 bis 2008 um 1,8 Prozent ab. Die Arbeitslosigkeit lag mit 11,4 Prozent deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 7,8 Prozent. Bei der Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung 1993 bis 2008 bewegte sich Bremen mit einem Rückgang von 6,9 Prozent im Mittelfeld der Bundesländer (Durchschnitt = minus 4,0 Prozent). Am Jahresende 2006 bezogen 17,5 Prozent der Bevölkerung Mindestsicherungsleistungen (Durchschnitt = 10,1 Prozent) in Form von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld (Hartz IV), Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsminderung und Sozialhilfe (SGB II und SGB XII).



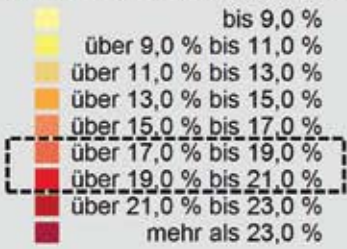
Armutsentwicklung

Die Armutsquote betrug 2007 im Bundesland Bremen 19,1 Prozent, das betrifft fast jeden fünften Einwohner. Bremen liegt damit im oberen Drittel aller Bundesländer, innerhalb der westdeutschen Bundesländer weist Bremen die höchste Armutsquote auf. Bremen hat eine höhere Armutsquote als Thüringen, Brandenburg und Berlin. Bremen hat allerdings eine erhebliche Dynamik in der Armutsentwicklung zwischen 2005 und 2007 zu verzeichnen. Die Armut sank von 22,3 Prozent kontinuierlich auf 19,1 Prozent. Die 3,2 Prozentpunkte Rückgang entsprechen einem Rückgang der Armut um 14 Prozent.

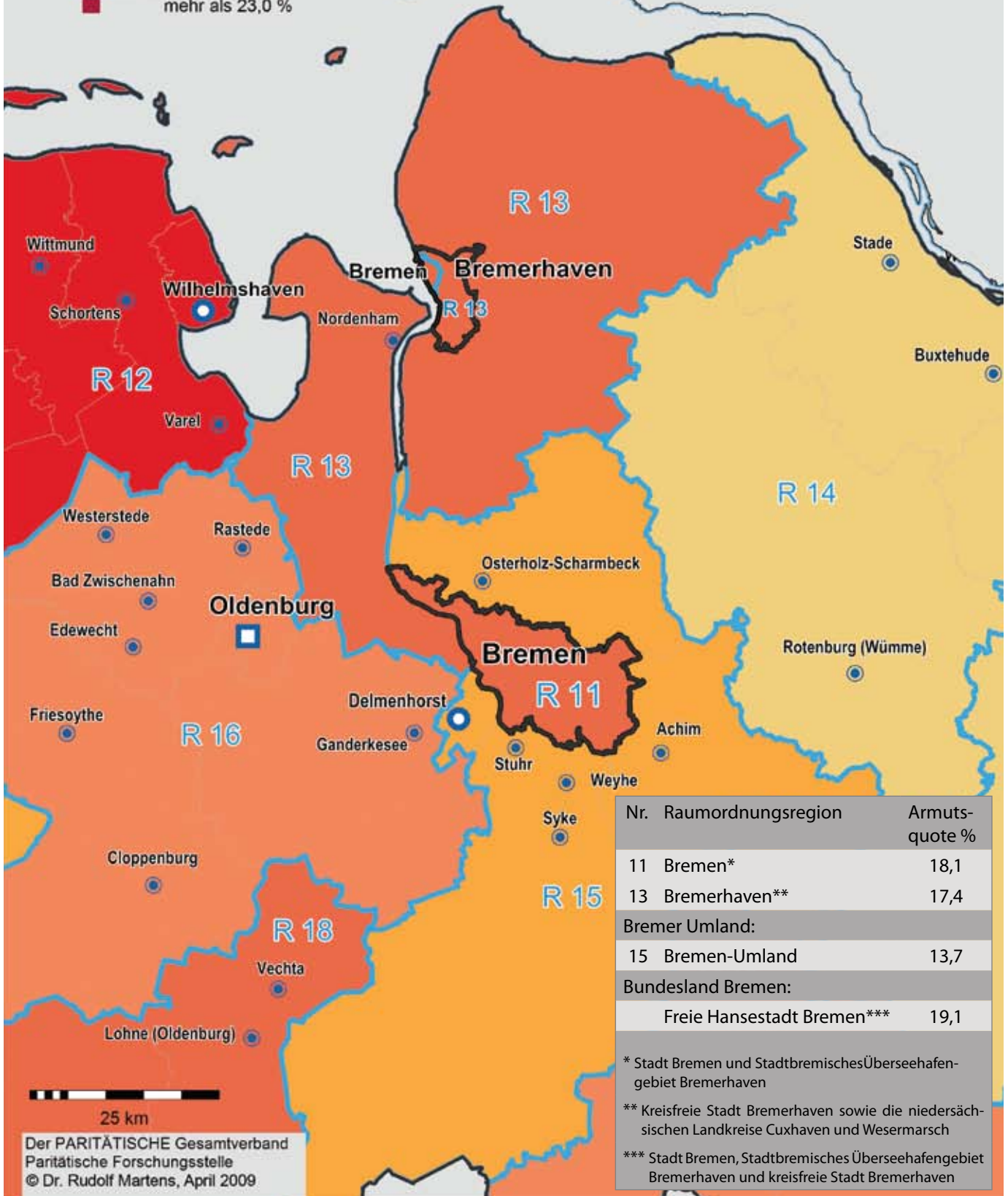
Armutsquoten in %	2005	2006	2007
Deutschland	14,7	14,0	14,3
Westdeutschland	13,2	12,7	12,9
Ostdeutschland	20,4	19,2	19,5
Bremen	22,3	20,4	19,1

Die Stadt Bremen ohne Bremerhaven weist eine Armutsquote von 18,1 Prozent auf. Im Bundesland Bremen ergibt sich mit 19,1 Prozent eine höhere Armutsquote. Dies deutet auf eine noch höhere Armutsquote in Bremerhaven hin, dort ist circa jeder vierte Einwohner betroffen. Die Raumordnungsregion Bremerhaven umfasst auch das Umland von Bremerhaven. Die Armutsquote liegt mit 17,4 Prozent unterhalb Bremens, was auf einen „Speckgürtel-effekt“ hinweist. Dieser Effekt ist auch in der Umgebung der Stadt Bremen bemerkbar, mit 13,7 Prozent Armutsquote in Bremen-Umland.

Armutquoten 2007
Raumordnungsregionen (in Prozent)



Freie Hansestadt Bremen



Nr.	Raumordnungsregion	Armutquote %
11	Bremen*	18,1
13	Bremerhaven**	17,4
Bremer Umland:		
15	Bremen-Umland	13,7
Bundesland Bremen:		
	Freie Hansestadt Bremen***	19,1

* Stadt Bremen und Stadtbremisches Überseehafengebiet Bremerhaven
 ** Kreisfreie Stadt Bremerhaven sowie die niedersächsischen Landkreise Cuxhaven und Wesermarsch
 *** Stadt Bremen, Stadtbremisches Überseehafengebiet Bremerhaven und kreisfreie Stadt Bremerhaven

25 km

Der PARITÄTISCHE Gesamtverband
Paritätische Forschungsstelle
© Dr. Rudolf Martens, April 2009

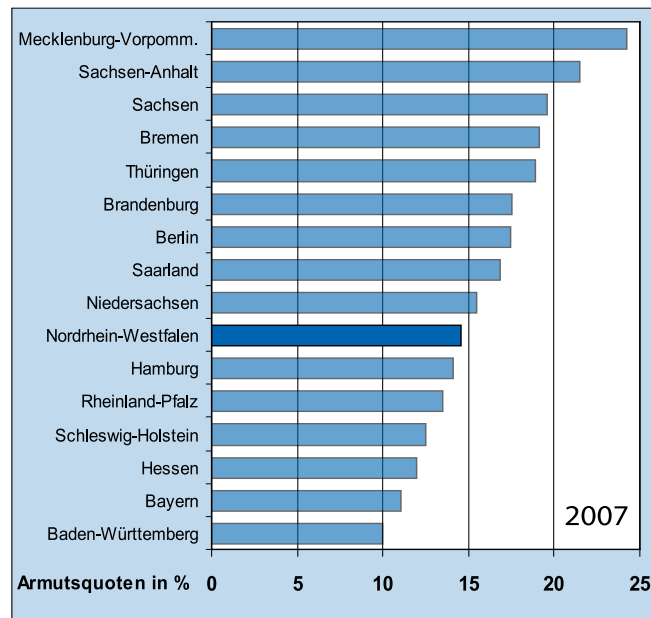
Nordrhein-Westfalen



Gemessen an der Fläche ist Nordrhein-Westfalen mit 34.085 km² das viertgrößte Bundesland und mit 18,0 Mio. Einwohnern zugleich das bevölkerungsreichste Bundesland. Mit einer Bevölkerungsdichte von 528 Einwohnern pro km² ist Nordrhein-Westfalen das mit Abstand am dichtesten besiedelte Flächenland. Die Region Rhein-Ruhr gehört mit 10 Mio. Einwohnern zu den 30 größten Metropolregionen der Welt. Nordrhein-Westfalen hatte einen positiven Binnenwanderungssaldo von 198.000 Personen zwischen 1991 bis 2006 zu verzeichnen.

Beim Bruttoinlandsprodukt je Einwohner belegte Nordrhein-Westfalen mit 29.391 Euro (2007) einen vorderen, sechsten Platz unter den Bundesländern. Besonders bedeutend sind die industriellen Zentren an Rhein und Ruhr. Sie haben ihre Wurzeln in der Montanindustrie, die aber nach wiederkehrenden Stahl- und Kohlekrise einem tiefgreifenden Strukturwandel ausgesetzt waren. Teile des alten Reviers weisen hohe Arbeitslosenzahlen auf, doch ist der Strukturwandel in den industriellen Kernen in den letzten Jahrzehnten weit fortgeschritten. Insbesondere der Maschinenbau, die metall- und eisenverarbeitende Industrie verzeichnete einen erheblichen Aufschwung. Mittlerweile arbeiten die meisten Beschäftigten im Dienstleistungssektor. Von den umsatzstärksten Unternehmen in Deutschland, haben zehn ihren Sitz in Nordrhein-Westfalen.

Das Bundesland verzeichnete 8,7 Mio. Erwerbstätige, die Anzahl nahm zwischen 1991 und 2008 um 8,4 Prozent zu. Die Arbeitslosigkeit lag mit 8,5 Prozent



über dem Bundesdurchschnitt von 7,8 Prozent. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahm um 3,4 Prozent ab (1993 bis 2008) und beträgt 5,8 Mio. Am Jahresende 2006 bezogen 10,8 Prozent der Bevölkerung Mindestsicherungsleistungen (Durchschnitt = 10,1 Prozent) in Form von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld (Hartz IV), Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsminderung und Sozialhilfe (SGB II und SGB XII).

Armutsentwicklung

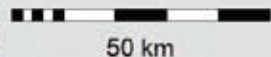
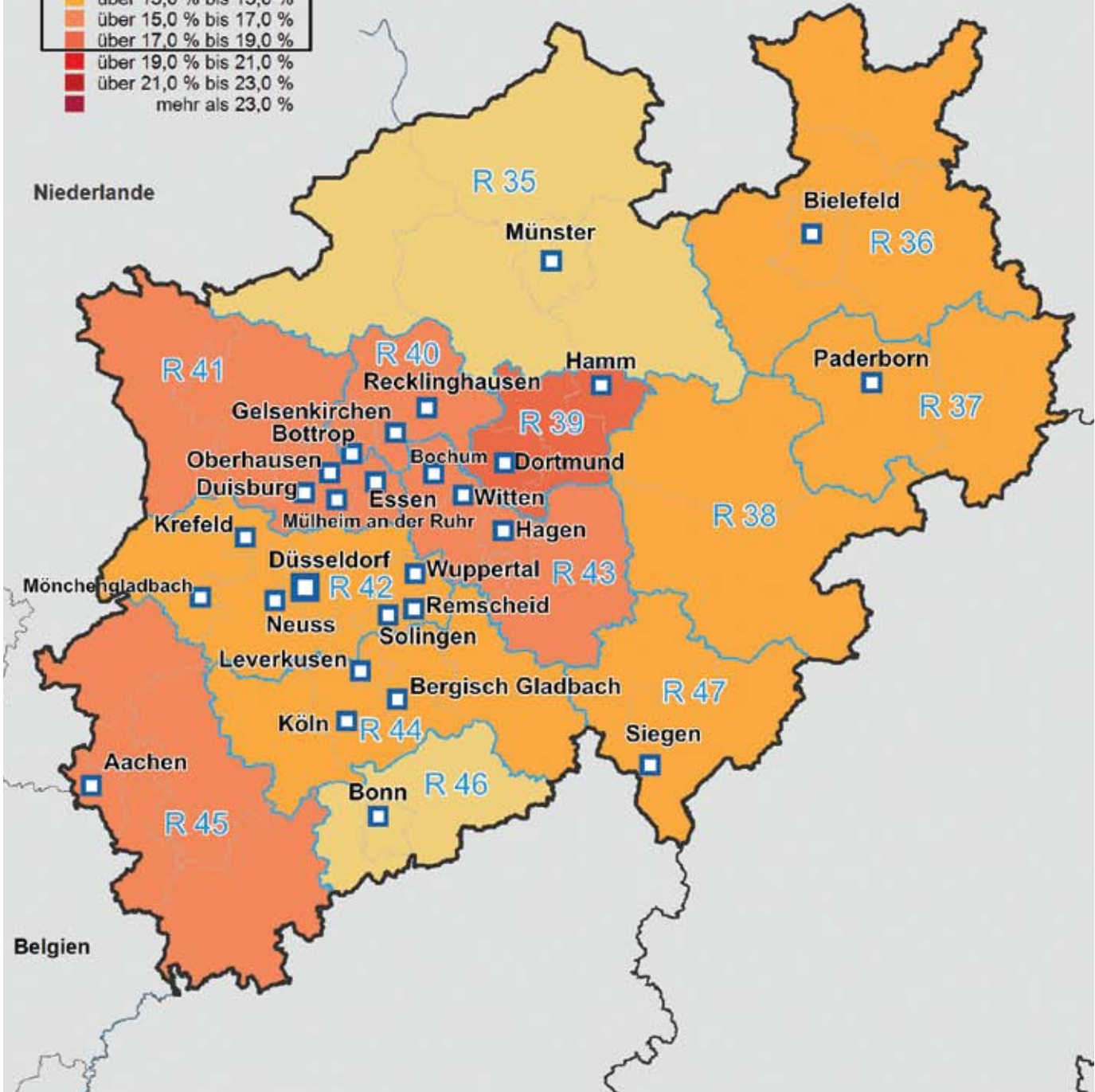
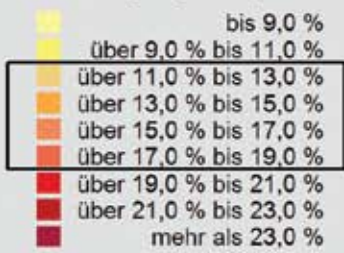
Nordrhein-Westfalen begründet sich mit einer Armutsquote von 14,6 Prozent im unteren Mittelfeld (Deutschlanddurchschnitt), im Vergleich mit Westdeutschland im unteren Drittel. Die Armutsquoten bewegen sich nur wenig und verharren 2005 und 2007 etwa auf dem gleichen Niveau. Insgesamt lebt etwa jeder siebte Bürger in Nordrhein-Westfalen unterhalb der Armutsschwelle.

Armutsquoten in %	2005	2006	2007
Deutschland	14,7	14,0	14,3
Westdeutschland	13,2	12,7	12,9
Ostdeutschland	20,4	19,2	19,5
Nordrhein-Westfalen	14,4	13,9	14,6

Generell zeigen sich in den alten industriellen Kernen die höchsten Armutsquoten. So weist die Raumordnungsregion Dortmund eine Quote von 18 Prozent auf, Duisburg, Essen und Emscher-Lippe 16 bis 17 Prozent. Die niedrigsten Werte mit 12 Prozent und weniger finden sich im Münsterland und in der Region um Bonn. Westfalen weist Werte in der Größenordnung des Landesdurchschnitts auf. Die Region um Köln und Düsseldorf hat ebenfalls günstigere Quoten als der Landesdurchschnitt.

Nordrhein-Westfalen

Armutsquoten 2007
Raumordnungsregionen (in Prozent)



Der PARITÄTISCHE Gesamtverband
Paritätische Forschungsstelle
© Dr. Rudolf Martens, April 2009

Nr.	Raumordnungsregion	Armutsquote %	Nr.	Raumordnungsregion	Armutsquote %
35	Münster	11,8	42	Düsseldorf	13,6
36	Bielefeld	14,7	43	Bochum/Hagen	16,0
37	Paderborn	13,8	44	Köln	13,4
38	Arnsberg	13,5	45	Aachen	16,2
39	Dortmund	18,0	46	Bonn	12,0
40	Emscher-Lippe	16,6	47	Siegen	14,0
41	Duisburg/Essen	15,8			

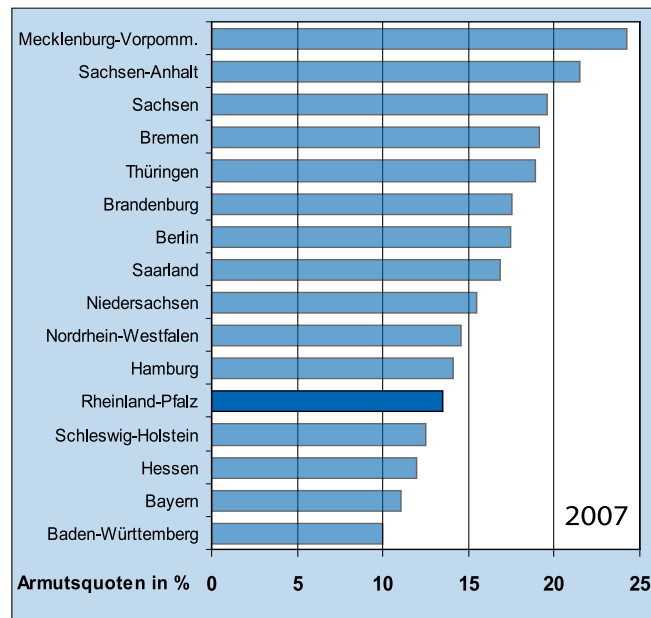
Rheinland-Pfalz



Rheinland-Pfalz liegt im Südwesten der Bundesrepublik und befindet sich mit einer Fläche von 19.853 km² im Mittelfeld der Flächenländer. Das Land hat 4,05 Mio. Einwohner und eine unter den Flächenländern, mit 204 Einwohnern pro km², leicht unterdurchschnittliche Bevölkerungsdichte. Bei der innerdeutschen Wanderungsbewegung konnte das Bundesland mit einem Plus von 255.000 Personen zwischen 1991 bis 2006 einen kräftigen Zugewinn verbuchen.

Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner lag mit 25.788 Euro im Bundesvergleich auf Platz neun (2007). Mit Rheinland-Pfalz wird gerne der Bereich Wein und Sekt verbunden – in der Realität lag der Industrieanteil höher als im Bundesdurchschnitt. Mit einer Exportquote von 46 Prozent liegt das Land im Bundesvergleich an der Spitze. Neben der Außenwirtschaft und der Industrie ist der Mittelstand der Grundpfeiler des Flächenstaates. Auch der Tourismus spielt eine wichtige Rolle. Die Chemische Industrie rund um Ludwigshafen am Rhein ist von großer Bedeutung. Aber auch die Fahrzeug- und Maschinenbauindustrie tragen wesentlich zum Wirtschaftswachstum bei. Wichtig sind noch einheimische Bodenschätze und land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnissen (Wein, Holz, Ton, Steine) sowie die Edelsteinindustrie in Idar-Oberstein.

Mit 1,9 Mio. Erwerbstätigen und einem Zuwachs von 11,1 Prozent zwischen 1991 und 2008 hatte Rheinland-Pfalz nach Niedersachsen den zweitstärksten Zuwachs unter allen Bundesländern zu verzeichnen. Die Arbeitslosenquote lag 2008 bei 5,6 Prozent und damit deutlich unter dem



Jahresdurchschnitt in Deutschland von 7,8 Prozent. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse nahm in Rheinland-Pfalz zwischen 1993 und 2008 um 1,0 Prozent zu. Am Jahresende 2006 bezogen 7,5 Prozent der Bevölkerung Mindestsicherungsleistungen (Durchschnitt = 10,1 Prozent) in Form von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld (Hartz IV), Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsminderung und Sozialhilfe (SGB II und SGB XII).

Armutsentwicklung

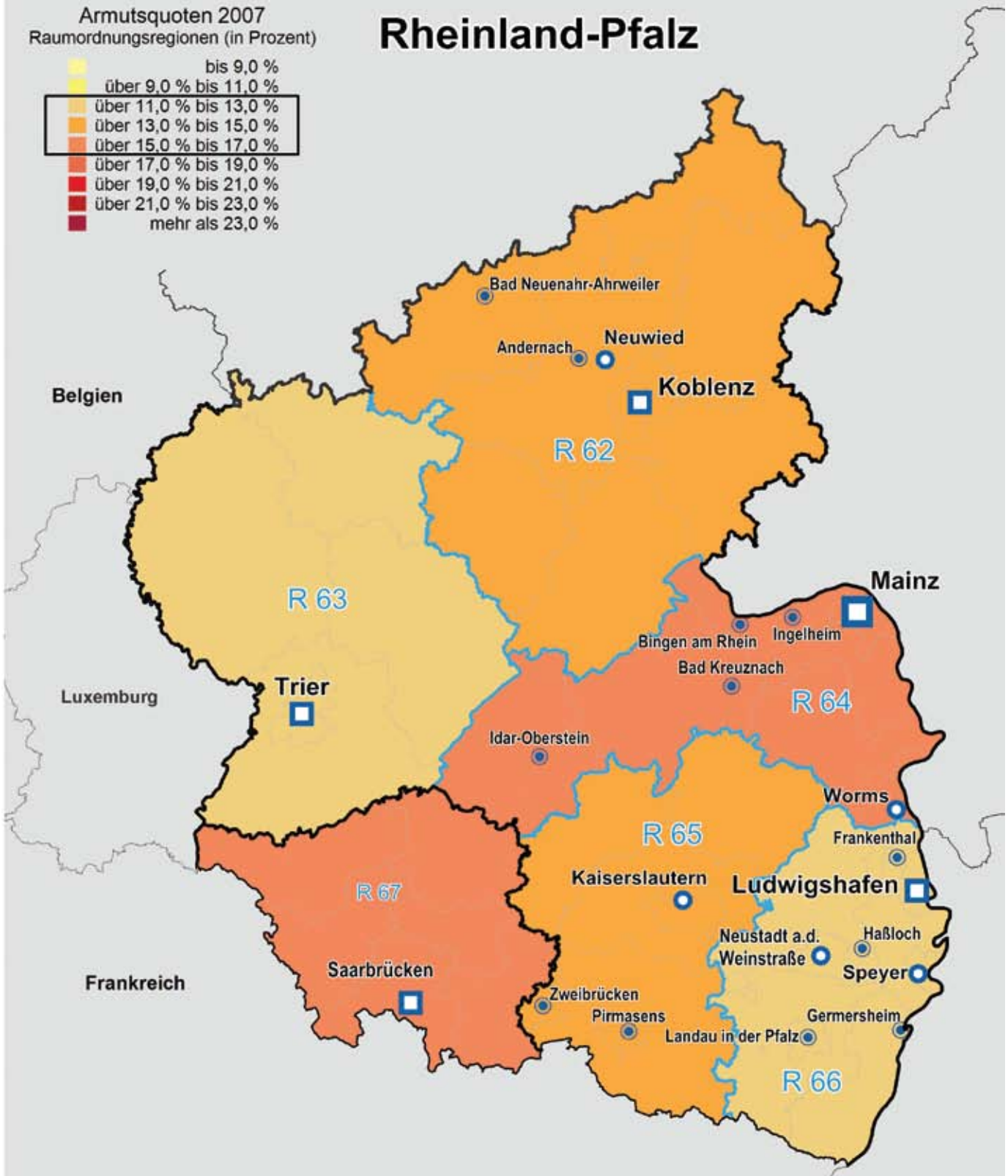
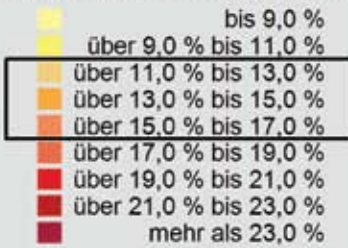
Mit einer Armutsquote von 13,5 Prozent liegt Rheinland-Pfalz im unteren Drittel der Werte in Deutschland. Bezogen auf Westdeutschland befindet sich das Bundesland im Mittelfeld. Die Dynamik der Armutsentwicklung zwischen 2005 und 2007 verläuft nach dem gleichen Muster wie in Deutschland. Die Armutsquote sinkt in Rheinland-Pfalz zwischen 2005 und 2007 um 0,7 Prozentpunkte.

Armutsquoten in %	2005	2006	2007
Deutschland	14,7	14,0	14,3
Westdeutschland	13,2	12,7	12,9
Ostdeutschland	20,4	19,2	19,5
Rheinland-Pfalz	14,2	13,2	13,5

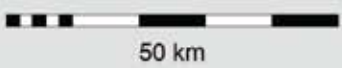
Die Armutsquoten variieren in Rheinland-Pfalz moderat um den Landesdurchschnitt. Zwischen den Quoten der Rheinpfalz mit gerundet 12 Prozent und Rheinhessen-Nahe (einschließlich Mainz und Umgebung) mit 15 Prozent fügen sich die Armutsquoten der anderen Landesteile kontinuierlich ein.

Rheinland-Pfalz

Armutsquoten 2007
Raumordnungsregionen (in Prozent)



Nr.	Raumordnungsregion	Armutsquote %
62	Mittelrhein-Westerwald	13,8
63	Trier	12,7
64	Rheinhessen-Nahe	15,2
65	Westpfalz	14,1
66	Rheinpfalz	11,5



Der PARITÄTISCHE Gesamtverband
Paritätische Forschungsstelle
© Dr. Rudolf Martens, April 2009

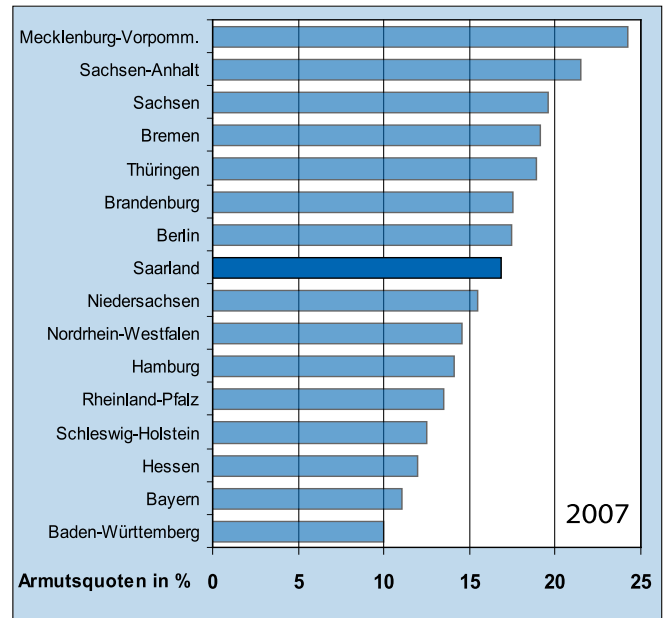
Saarland



Das Saarland ist mit einer Fläche von 2.569 km² das kleinste Flächenland unter den Bundesländern. Gemessen an der Einwohnerzahl ist es mit 1,04 Mio. Einwohnern das zweitkleinste Bundesland, das aber mit 405 Einwohnern pro km² eine überdurchschnittlich hohe Bevölkerungsdichte aufweist. Mit der Hauptstadt Saarbrücken, mit 178.000 Einwohnern, verfügt das Bundesland nur über eine Stadt mit mehr als 100.000 Einwohnern. Bei den innerdeutschen Wanderungsbewegungen verzeichnete das Saarland mit 16.000 Abwanderungen zwischen 1991 bis 2006 einen Verlust.

Bei der Wirtschaftsleistung pro Einwohner lag das Bundesland mit 28.774 Euro auf Platz sieben in der Abfolge der Bundesländer (2007). Der bedeutendste wirtschaftliche Bereich ist die Automobilindustrie inklusive der Zulieferer. Traditionell ist auch die Stahlindustrie ein wichtiger Faktor, der aber im Laufe der letzten Jahrzehnte deutlich abgenommen hat. Zeitweise ergaben sich hohe Zuwachsraten. Vom einstmaligen bedeutenden Steinkohlenbergbau ist nur noch ein Bergwerk aktiv (Förderende 2012). Insgesamt befindet sich das Saarland immer noch in einem Strukturwandel von einer alten Industriegesellschaft zu einer wissensbasierten Dienstleistungsgesellschaft.

Die Zahl der Erwerbstätigen stieg im Saarland von 479.000 in 1991 auf 513.000 im Jahre 2008. Dies war ein Zuwachs von 7,0 Prozent. Die Arbeitslosenquote bewegte sich bei 7,3 Prozent und damit unter dem Bundesdurchschnitt von 7,8 Prozent (2008). Bei der Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse zwischen 1993



und 2008 hatte das Saarland einen Zuwachs von 0,1 Prozent und somit Stagnation zu verzeichnen. Am Jahresende 2006 bezogen 9,7 Prozent der Bevölkerung Mindestsicherungsleistungen (Durchschnitt = 10,1 Prozent) in Form von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld (Hartz IV), Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsminderung und Sozialhilfe (SGB II und SGB XII).

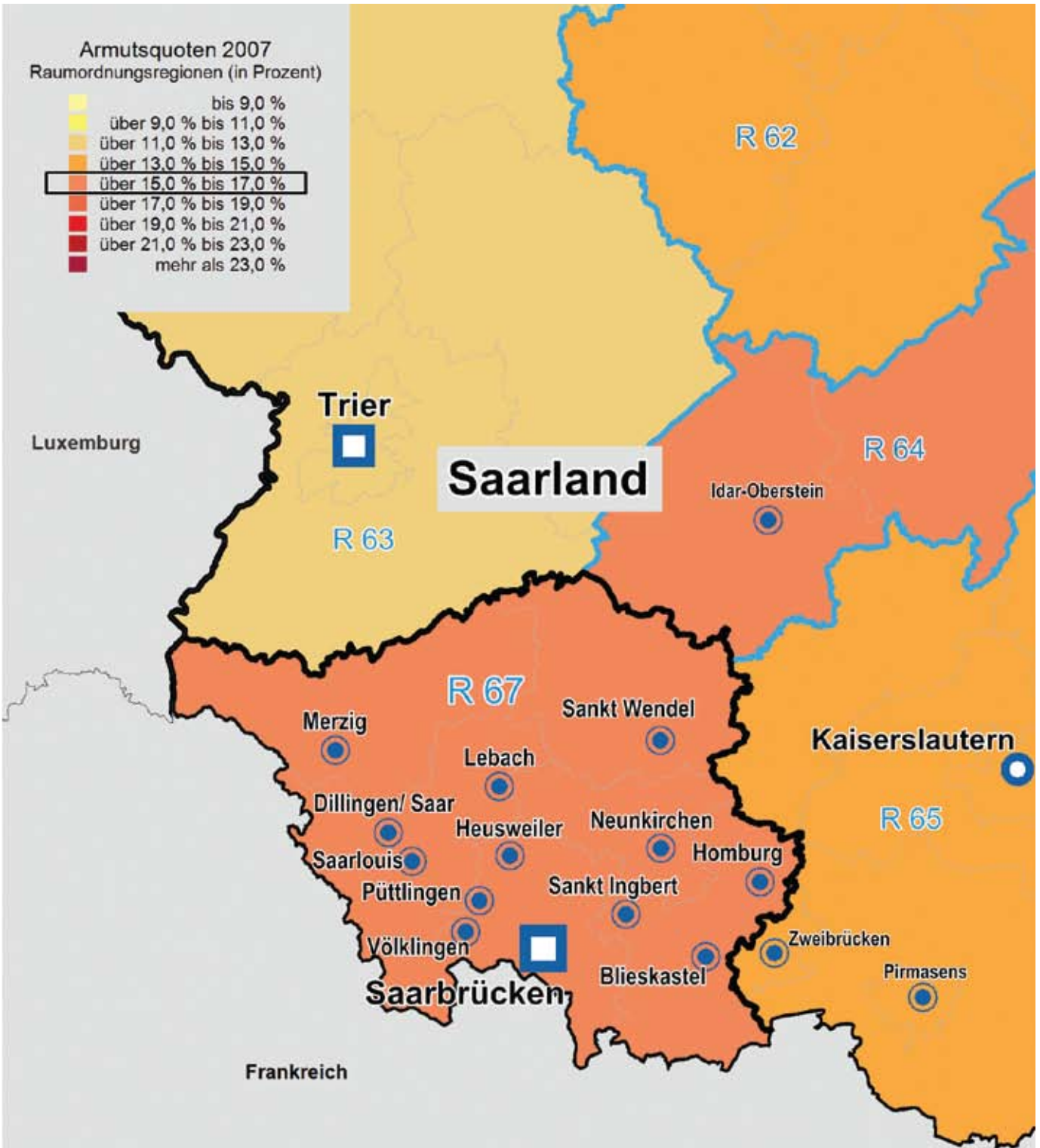
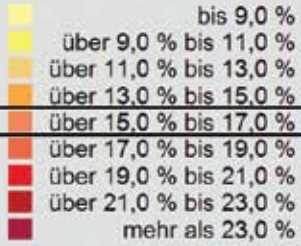
Armutsentwicklung

Mit einer Armutsquote von 16,8 Prozent liegt das Saarland im deutschen Mittelfeld. Im Vergleich zu Westdeutschland weist allerdings nur noch Bremen eine höhere Armutsquote auf. Eine Armutsquote von 16,8 Prozent bedeutet, dass jede sechste Person unterhalb der Armutsschwelle lebt. Zwischen 2005 und 2007 konnte das Saarland seine Armutsquoten nicht verbessern. Entgegen dem Trend in Deutschland und Westdeutschland stieg die Armutsquote im Saarland um 1,4 Prozentpunkte an.

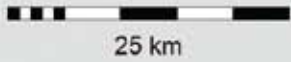
Armutsquoten in %	2005	2006	2007
Deutschland	14,7	14,0	14,3
Westdeutschland	13,2	12,7	12,9
Ostdeutschland	20,4	19,2	19,5
Saarland	15,4	16,0	16,8

Raumstrukturell wird das Saarland zu großen Teilen als „Verdichtungsraum“ beschrieben. Entsprechend besteht es aus einer einzigen Raumordnungsregion ohne weitere räumliche Differenzierung. Alle direkten rheinland-pfälzischen Nachbarregionen des Saarlands haben geringere Armutsquoten.

Armutsquoten 2007
Raumordnungsregionen (in Prozent)



Nr.	Raumordnungsregion	Armutsquote %
67	Saar	16,8
Nachbarregionen:		
63	Trier	12,7
64	Rheinessen-Nahe	15,2
65	Westpfalz	14,1



Der PARITÄTISCHE Gesamtverband
Paritätische Forschungsstelle
© Dr. Rudolf Martens, April 2009

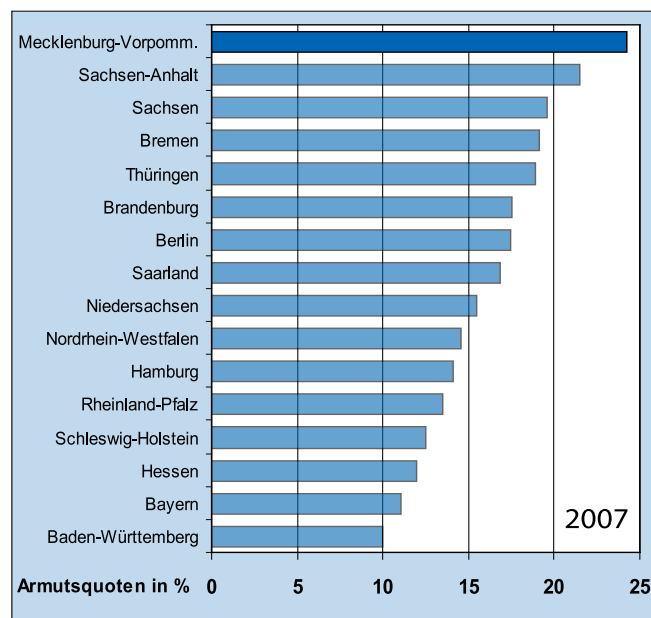
Mecklenburg-Vorpommern



Unter den Flächenländern hat Mecklenburg-Vorpommern mit 1,69 Mio. Einwohnern die zweitniedrigste Einwohnerzahl. Gemessen an der Fläche, die 23.182 km² beträgt, steht das Bundesland an sechster Stelle. Die Bevölkerungsdichte ist mit 73 Einwohnern pro km² die niedrigste in Deutschland. Das Bundesland verzeichnete mit 154.000 Abwanderungen zwischen 1991 bis 2006 bei den innerdeutschen Wanderungsbewegungen den fünfthöchsten Wanderungsverlust unter den Bundesländern (hinter Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen).

Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner lag 2007 in Mecklenburg-Vorpommern bei 20.356 Euro. Dies war der niedrigste Wert in Deutschland. Traditionell sind die maritime Industrie und die Lebensmittelindustrie dominierend. Aber auch der Tourismus und der Gesundheitssektor sind für die Wirtschaft des Bundeslandes von Bedeutung. Gemessen an der erzeugten Strommenge ist Mecklenburg-Vorpommern im Bereich Windenergie führend. In Rostock befindet sich mit der Nordex AG einer der größten Windenergieanlagenhersteller Deutschlands. Als Zukunftsbranchen wurden Unternehmen der Biotechnologie- und Medizinbranche an den Hochschulstandorten Greifswald und Rostock angesiedelt.

Der Arbeitsmarkt hat sich in den vergangenen Jahren ungünstig entwickelt. Die Zahl der Erwerbstätigen sank um 13,1 Prozent (1991-2008), die Arbeitslosenquote lag 2008 bei 14,1 Prozent und damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt (7,8 Prozent). Bei den sozialversicherungspflichti-



gen Beschäftigungsverhältnissen hatte das Land zwischen 1993 und 2008 einen sehr starken Rückgang in Höhe von 17,1 Prozent zu verzeichnen. Am Jahresende 2006 bezogen 17,7 Prozent der Bevölkerung Mindestsicherungsleistungen (Durchschnitt = 10,1 Prozent) in Form von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld (Hartz IV), Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsminderung und Sozialhilfe (SGB II und SGB XII).

Armutsentwicklung

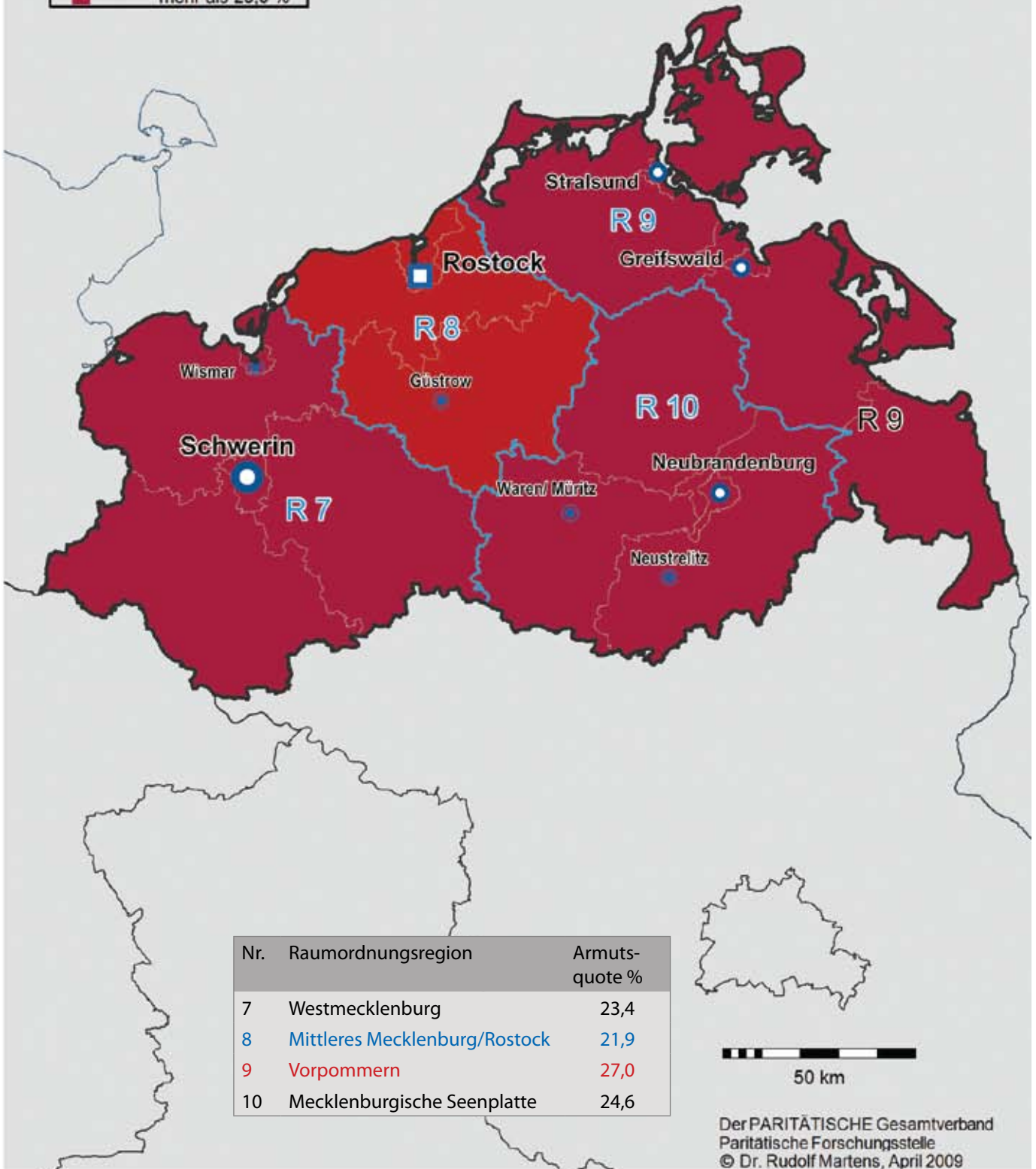
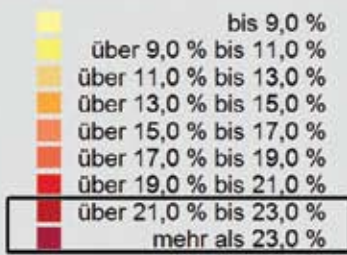
Mecklenburg-Vorpommern weist in Deutschland die höchste Armutsquote auf. 2007 waren es 24,3 Prozent, damit lebt fast jeder vierte Einwohner unterhalb der Armutsschwelle. Von 2005 bis 2007 hat sich dieser hohe Wert nach einem Rückgang im Jahr 2006 nicht wesentlich verändert.

Armutquoten in %	2005	2006	2007
Deutschland	14,7	14,0	14,3
Westdeutschland	13,2	12,7	12,9
Ostdeutschland	20,4	19,2	19,5
Mecklenburg-Vorpomm.	24,0	22,9	24,3

Drei von vier Raumordnungsregionen in Mecklenburg-Vorpommern haben Armutsquoten über 23,0 Prozent. Lediglich die Gegend um Rostock weist einen günstigeren Wert mit 21,9 Prozent auf. Die Raumordnungsregion Vorpommern hat mit 27,0 Prozent nicht nur die höchste Armutsquote landesweit sondern auch bundesweit. Insgesamt weisen drei von vier Raumordnungsregionen in Mecklenburg-Vorpommern die höchsten Armutsquoten in ganz Deutschland auf.

Mecklenburg-Vorpommern

Armutsquoten 2007
Raumordnungsregionen (in Prozent)



Der PARITÄTISCHE Gesamtverband
Paritätische Forschungsstelle
© Dr. Rudolf Martens, April 2009

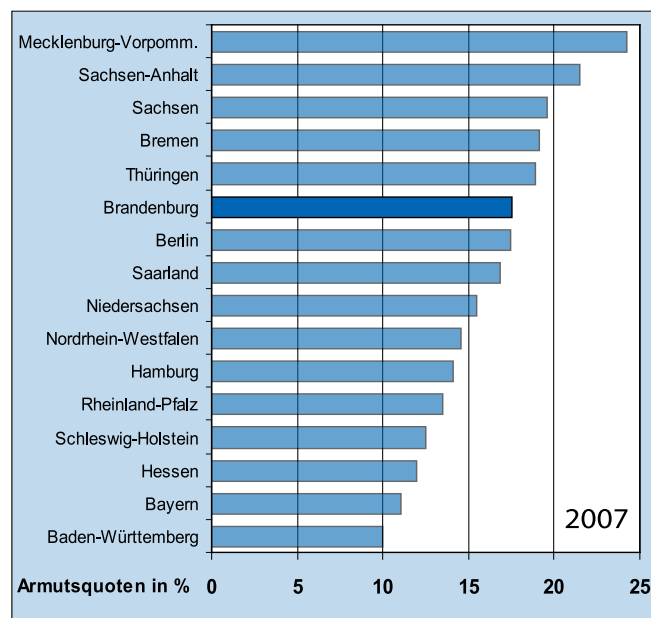
Brandenburg



Das Flächenland Brandenburg ist mit einer Größe von 29.480 km² ein mittelgroßes Bundesland mit 2,54 Mio. Einwohnern. Die Bevölkerungsdichte ist mit 86 Einwohnern pro km² die zweitniedrigste in ganz Deutschland – vor Mecklenburg-Vorpommern. Bei den innerdeutschen Wanderungsbewegungen 1991 bis 2006 betrug der Binnenwanderungssaldo Null und war somit ausgeglichen.

Beim Bruttoinlandsprodukt je Einwohner lag Brandenburg im Vergleich zwischen den Bundesländern mit 20.679 Euro pro Einwohner auf dem vorletzten Platz, vor Mecklenburg-Vorpommern (2007). Brandenburgs Industrie hat ihren Schwerpunkt rund um Berlin. Jenseits der industriellen Kerne sind die Berlin-fernen Teilräume des Landes von der Ernährungsindustrie, dem Holzgewerbe und der Landwirtschaft geprägt. Aufgrund der Vielzahl der Forschungsinstitute befinden sich in der Region Potsdam zahlreiche Unternehmen der Biotechnologiebranche, darin gilt Brandenburg sogar als einer der führenden Standorte in Europa.

Die Arbeitslosenquote lag 2008 unter der von Berlin, bei 13,0 Prozent. Allerdings sind die Unterschiede im Land erheblich. Während sich die Quote von Potsdam und Potsdam-Mittelmark nahe am Bundesdurchschnitt bewegte, betrug sie im Landkreis Uckermark über 20 Prozent und ist damit einer der höchsten im Bundesvergleich. Die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse nahmen 1993 bis 2008 um 16,7 Prozent ab (Abnahme der Erwerbstätigen 1991-2008: 12,2 Prozent). Am Jahresende 2006 bezogen 14,5 Prozent der Bevölkerung Mindestsicherungsleistungen (Durch-



schnitt = 10,1 Prozent) in Form von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld (Hartz IV), Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsminderung und Sozialhilfe (SGB II und SGB XII).

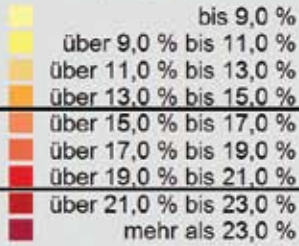
Armutsentwicklung

Mit einer Armutsquote von 17,5 Prozent in 2007 lebte mehr als jeder sechste Einwohner Brandenburgs unterhalb der Armutsschwelle. Berlin und Brandenburg zeigen sowohl in Verlauf als auch in der absoluten Höhe der Armutsquoten eine weitgehend parallele Entwicklung. Brandenburg hat eine deutlich positive Entwicklung von 2005 auf 2007 durchlaufen, die Armutsquote sank von 19,2 Prozent auf 17,5 Prozent. Der Rückgang von 1,7 Prozentpunkten entspricht einer Abnahme der Armut von rund 9 Prozent.

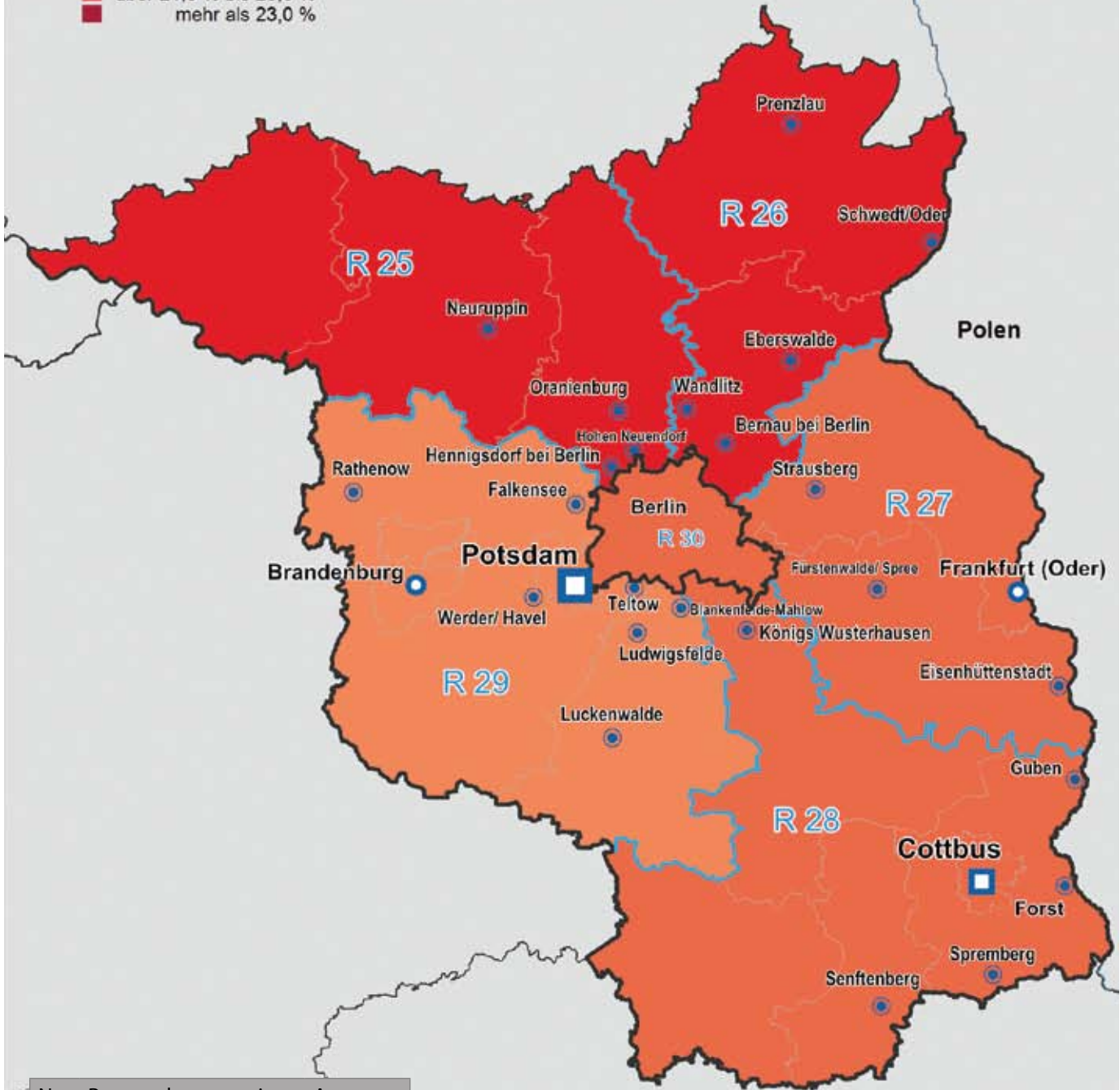
Armutquoten in %	2005	2006	2007
Deutschland	14,7	14,0	14,3
Westdeutschland	13,2	12,7	12,9
Ostdeutschland	20,4	19,2	19,5
Brandenburg	19,2	18,9	17,5

In der Verteilung der Armut gliedert sich das Land in drei Regionen: Die höchsten Armutsquoten sind im Norden zu beobachten, dort ist etwa jeder fünfte Bürger als arm einzustufen. Im Osten und Südosten ergeben sich Werte die etwa im Landesdurchschnitt liegen (17 bis 18 Prozent). Die niedrigsten Armutsquoten finden sich mit Potsdam im Südwesten, der Raumordnungsregion Havelland-Fläming. Mit einer Armutsquote in Höhe von 15,3 Prozent ergibt sich ein „Speckgürtel-effekt“ um Potsdam und südwestlich Berlins.

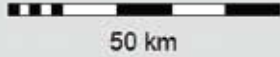
Armutsquoten 2007
Raumordnungsregionen (in Prozent)



Brandenburg



Nr.	Raumordnungsregion	Armutsquote %
25	Prignitz-Oberhavel	19,2
26	Uckermark-Barnim	20,6
27	Oderland-Spree	18,2
28	Lausitz-Spreewald	17,2
29	Havelland-Fläming	15,3



Der PARITÄTISCHE Gesamtverband
Paritätische Forschungsstelle
© Dr. Rudolf Martens, April 2009

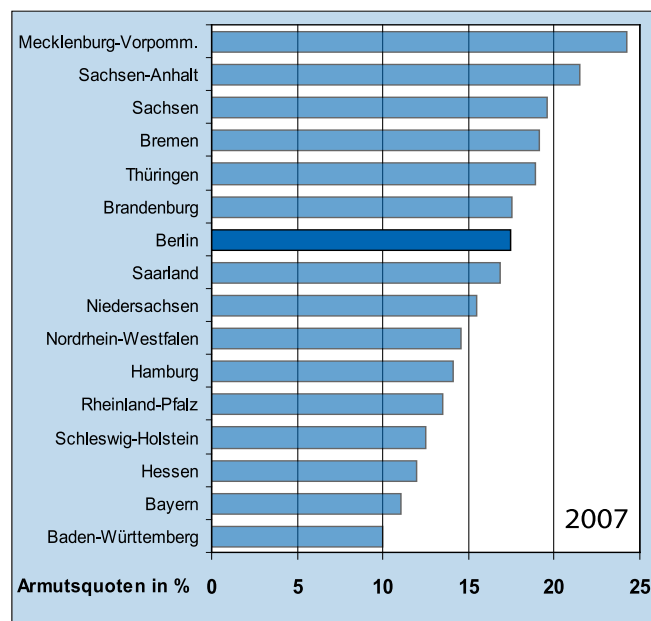
Berlin



Der Stadtstaat Berlin hat eine Fläche von 891 km² und 3,41 Mio. Einwohner. Im bundesdeutschen Vergleich hat Berlin mit 3.827 Einwohnern pro km² die mit Abstand höchste Bevölkerungsdichte, gefolgt von Hamburg (2.334), Bremen (1.641) und Nordrhein-Westfalen (528). In den drei Stadtstaaten lebt ein besonders hoher Anteil von 20-40-Jährigen, da es dort vielfältige Bildungsangebote, insbesondere im Hochschulbereich, gibt. Bei den innerdeutschen Wanderungsbewegungen verlor Berlin zwischen 1991 und 2006 134.000 Personen.

Beim Bruttoinlandsprodukt je Einwohner bewegte sich das Bundesland mit 24.502 Euro im hinteren Feld auf Platz elf (2007). Über 80 Prozent der Berliner Unternehmen gehörten dem Dienstleistungssektor an. Berlin ist der Sitz vieler regional und bundesweit sendender Medienanstalten, da Berlin mit seiner Funktion als Hauptstadt das politische Zentrum Deutschlands ist. Darüber hinaus finden sich aber auch viele große Unternehmen der Unterhaltungs- und Verlagsbranche. Nach London und Paris ist Berlin eines der meist besuchten Zentren des Städtetourismus. Im Jahr 2007 wurden 17,3 Mio. Übernachtungen und 140 Mio. Tagesbesucher gezählt.

Die Arbeitslosenquote betrug 2008 im Jahresdurchschnitt 13,9 Prozent, in absoluten Zahlen ausgedrückt waren es 234.000. Im Bundesvergleich belegte Berlin Platz 14 (Abnahme Erwerbstätige 1991-2008: 2,1 Prozent). Zwischen 1993 und 2008 hat die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung um 19,1 Prozent abgenommen, der zweithöchste Wert hinter Sachsen-Anhalt. Im Juni 2008



arbeiteten lediglich 1,08 Mio. Menschen in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen. Am Jahresende 2006 bezogen 20,1 Prozent der Bevölkerung Mindestsicherungsleistungen (Durchschnitt = 10,1 Prozent) in Form von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld (Hartz IV), Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsminderung und Sozialhilfe (SGB II und SGB XII).

Armutsentwicklung

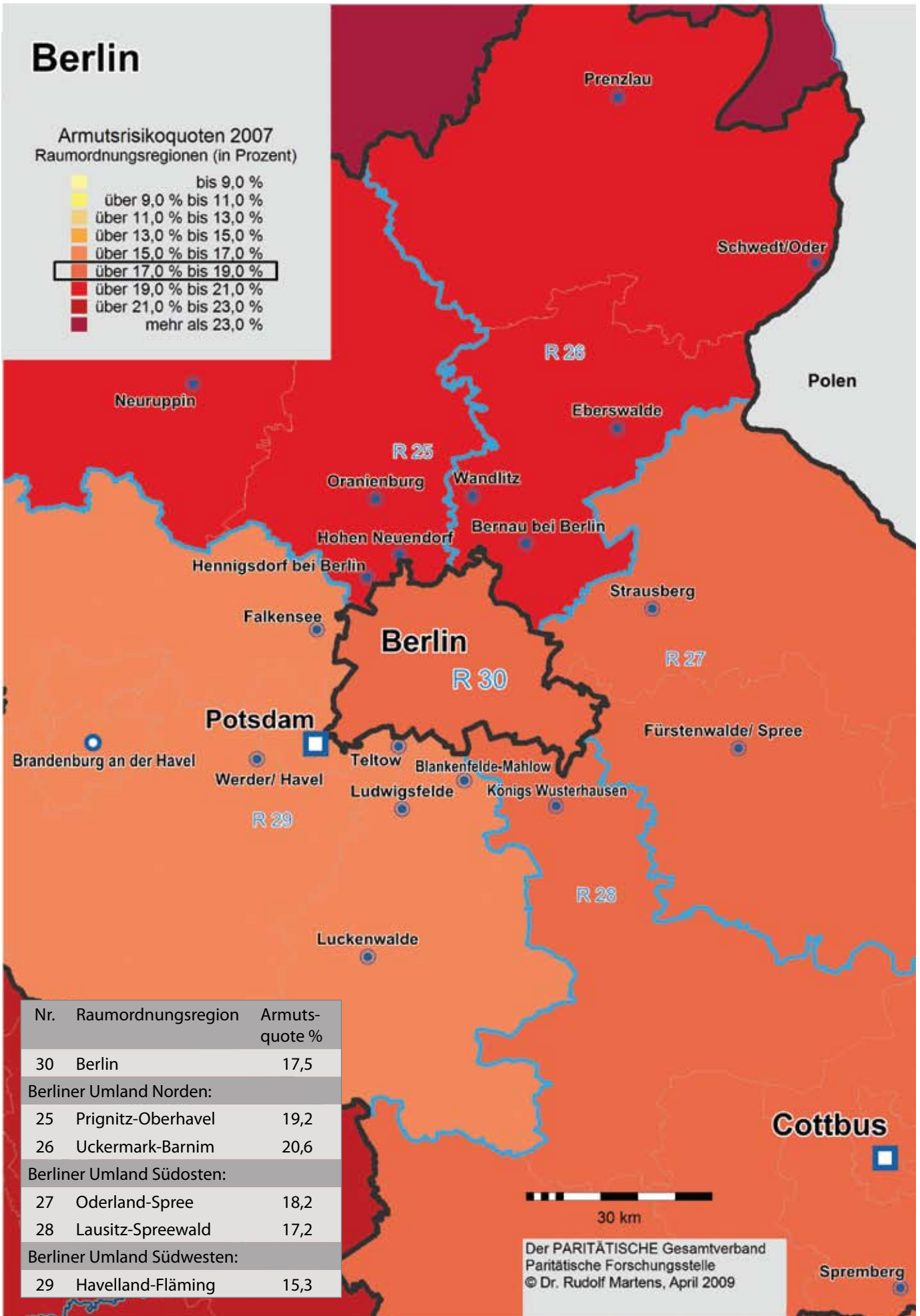
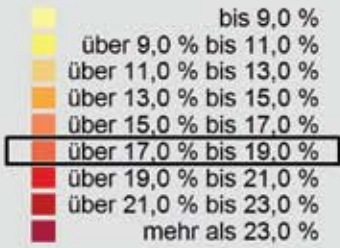
Im Jahre 2007 lebten 17,5 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsschwelle. Das ist mehr als jeder sechste Bürger. Zwischen 2005 und 2007 konnte sich Berlin deutlich verbessern. Die Armutsquote sank von 19,7 Prozent im Jahre 2005 auf 17,5 Prozent im Jahre 2007. Das sind 2 Prozentpunkte, damit verminderte sich die Armut insgesamt um 11 Prozent. Berlin liegt damit immer noch im mittleren Feld aller Bundesländer und hat zusammen mit Brandenburg den niedrigsten Armutswert von allen ostdeutschen Bundesländern.

Armutsquoten in %	2005	2006	2007
Deutschland	14,7	14,0	14,3
Westdeutschland	13,2	12,7	12,9
Ostdeutschland	20,4	19,2	19,5
Berlin	19,7	17,0	17,5

Berlin grenzt im Norden an zwei Regionen mit hohen Armutsquoten von über 19 Prozent. Im südöstlichen Bereich finden sich ähnliche Quoten wie in Berlin, ca. 17 bis 18 Prozent. Ein fühlbarer „Speckgürtel-effekt“ wird im Südwesten Berlins sichtbar. In der Region Havelland-Fläming mit Potsdam ergibt sich eine Armutsquote von 15,3 Prozent.

Berlin

Armutsrisikoquoten 2007
Raumordnungsregionen (in Prozent)



Nr.	Raumordnungsregion	Armutsquote %
30	Berlin	17,5
Berliner Umland Norden:		
25	Prignitz-Oberhavel	19,2
26	Uckermark-Barnim	20,6
Berliner Umland Südosten:		
27	Oderland-Spree	18,2
28	Lausitz-Spreewald	17,2
Berliner Umland Südwesten:		
29	Havelland-Fläming	15,3

Der PARITÄTISCHE Gesamtverband
Paritätische Forschungsstelle
© Dr. Rudolf Martens, April 2009

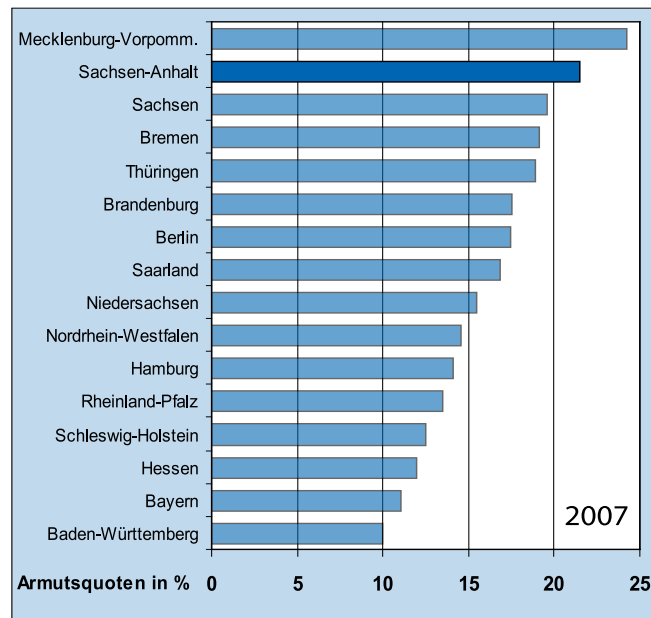
Sachsen-Anhalt



Sachsen-Anhalt weist eine Fläche von 20.447 km² auf mit 2,43 Mio. Einwohnern. Die Bevölkerungsdichte von 119 Einwohnern pro km² bewegt sich im unteren Bereich der Flächenländer. Das Land hatte bei den innerdeutschen Wanderungsbewegungen mit über 261.000 Abwanderungen zwischen 1991 bis 2006 die dritthöchsten Verluste zu verzeichnen. Als wesentliche Ursache dafür wird die schlechte Arbeitsmarktlage im Bundesland verantwortlich gemacht.

Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner war mit 21.000 Euro das dritthöchste unter den neuen Bundesländern, nach Berlin und Sachsen (2007). Wichtige Industriezweige sind die Chemieindustrie, der Maschinenbau und das Ernährungsgewerbe. Mit der Ansiedlung nationaler und internationaler Unternehmen hat sich das Bundesland zu einem leistungsstarken Standort entwickelt. Neben traditionellen Branchen haben sich auch der Dienstleistungssektor, die Biotechnologie, Informationstechnologien, Medien, Holz, die Solarwirtschaft und der Tourismus entwickelt. Diese Bereiche wuchsen zu einem wichtigen Teil des heutigen Wirtschaftsgeschehens heran.

Die Anzahl der Erwerbstätigen sind zwischen 1991 und 2008 mit einem Minus von 20,5 Prozent am stärksten in Deutschland zurückgegangen. Die Arbeitslosenquote betrug im Jahre 2008 durchschnittlich 14,0 Prozent und war die zweithöchste (nach Mecklenburg-Vorpommern). Bei der Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse schnitt das Land zwischen 1993 und 2008 mit einem Rückgang



von 23,9 Prozent am schlechtesten ab. Am Jahresende 2006 bezogen 16,6 Prozent der Bevölkerung Mindestsicherungsleistungen (Durchschnitt = 10,1 Prozent) in Form von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld (Hartz IV), Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsminderung und Sozialhilfe (SGB II und SGB XII).

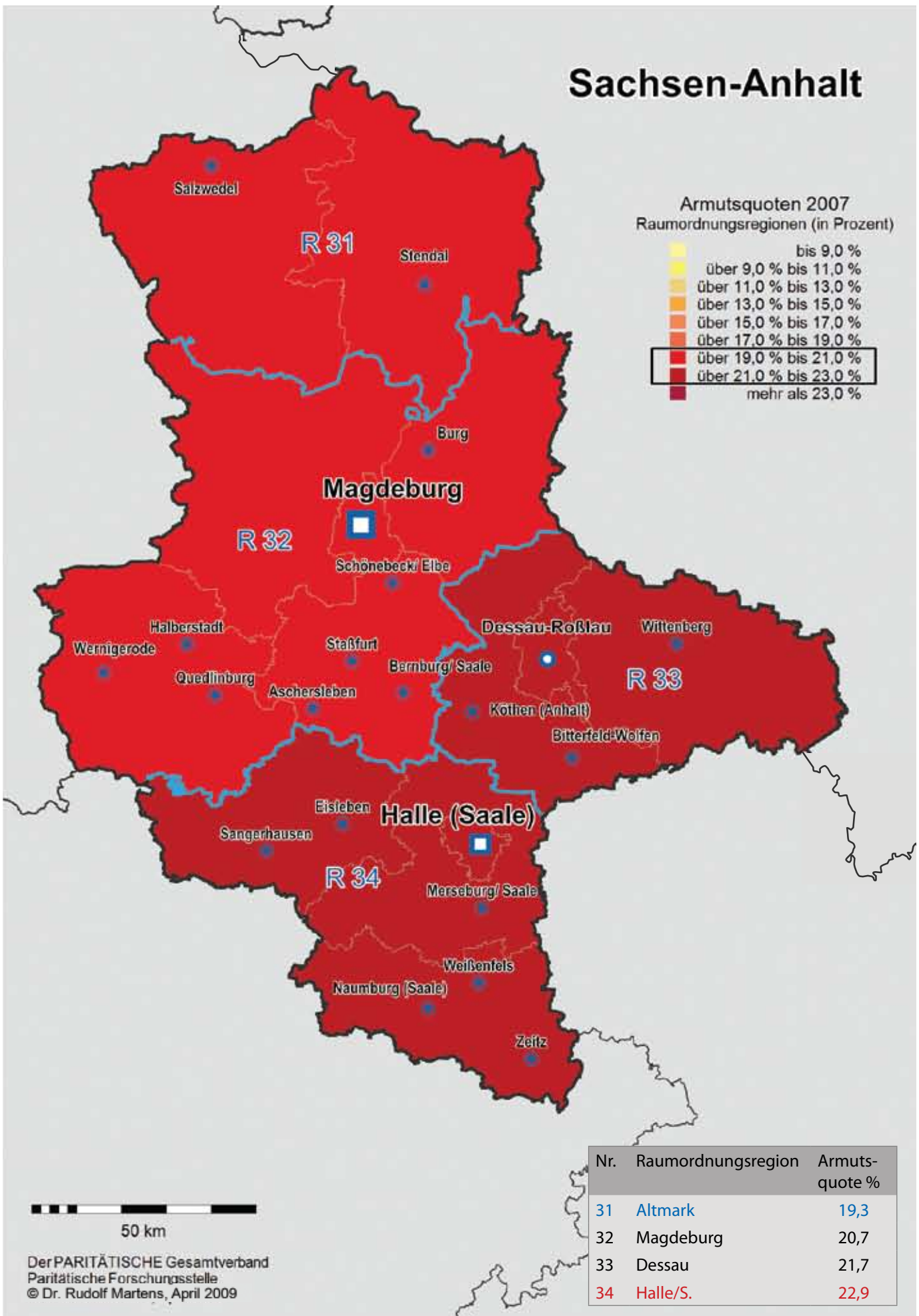
Armutsentwicklung

Im Jahre 2007 betrug die Armutsquote 21,5 Prozent. Damit lebt jede fünfte Person unterhalb der Armutsschwelle. Nach Mecklenburg-Vorpommern ist dies die zweithöchste Armutsquote in Deutschland. Zwischen 2005 und 2007 konnte Sachsen-Anhalt die Armutsquote um fast einen Prozentpunkt von 22,4 Prozent auf 21,5 Prozent senken. Trotz dieser positiven Entwicklung bleibt das Armutsrisiko mit über 20 Prozent sehr hoch.

Armutsquoten in %	2005	2006	2007
Deutschland	14,7	14,0	14,3
Westdeutschland	13,2	12,7	12,9
Ostdeutschland	20,4	19,2	19,5
Sachsen-Anhalt	22,4	21,6	21,5

Alle Raumordnungsregionen in Sachsen-Anhalt, mit Ausnahme der Altmarkregion im Norden des Landes, weisen Armutsquoten über 20 Prozent auf. Der Bereich um Halle im Süden des Landes hat die höchsten Werte mit 22,9 Prozent. Der Altmarkbereich dagegen mit 19,3 Prozent den niedrigsten Wert. Das Land zeigt ein Süd/Nord-Gefälle. Im Norden sind die Armutsquoten am niedrigsten und im Süden, im Bereich Halle, am höchsten.

Sachsen-Anhalt



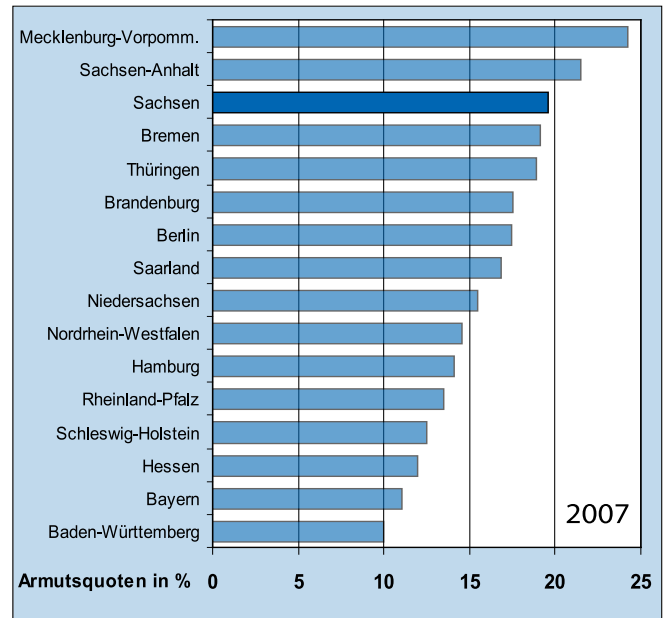
Freistaat Sachsen



Der Freistaat Sachsen liegt im östlichen Teil Mitteleuropas und hat eine Fläche von 18.417 km². Im Bundesland leben 4,23 Mio. Einwohner. Die Bevölkerungsdichte liegt mit 230 Einwohnern pro km² im Durchschnitt der Flächenländer. Die Abwanderungsverluste durch innerdeutsche Wanderungsbewegungen zwischen 1991 und 2006 betragen 263.000 Personen, was gemessen an der relativ niedrigen Bevölkerungszahl eine beträchtliche Anzahl ist.

Das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner betrug 2007 insgesamt 21.823 Euro. Damit schnitt Sachsen nach Berlin am besten unter allen neuen Bundesländern ab. Die Wirtschaft hat nach der Wiedervereinigung eine starke Umstrukturierung erlebt. Viele Betriebe wurden geschlossen, stillgelegt oder durch neue ersetzt. Dennoch hat das Bundesland beim Wachstum der Industriebetriebe die höchsten Wachstumsraten in der Bundesrepublik. Vor allem die Ballungsräume Leipzig-Halle, Chemnitz-Zwickau und Dresden spielten bei der Ansiedlung von Unternehmen eine besondere Rolle. Trotz aller Fortschritte gilt der Strukturwandel in Sachsen als noch nicht abgeschlossen.

Sachsen hat zwischen 1991 und 2008 mit einem Minus von 12,9 Prozent den vierthöchsten Rückgang der Anzahl der Erwerbstätigen unter den Bundesländern zu verzeichnen. Nur in Sachsen-Anhalt, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern schrumpfte die Zahl der Erwerbstätigen noch stärker. Die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse nahmen zwischen 1993 und 2008 mit 15,7 Prozent stark ab, das Land bewegte sich im



Bundesvergleich im unteren Drittel der Werte. Die Arbeitslosenquote lag 2008 mit 12,8 Prozent deutlich über dem Bundesdurchschnitt mit 7,8 Prozent. Am Jahresende 2006 bezogen 14,1 Prozent der Bevölkerung Mindestsicherungsleistungen (Durchschnitt = 10,1 Prozent) in Form von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld (Hartz IV), Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsminderung und Sozialhilfe (SGB II und SGB XII).

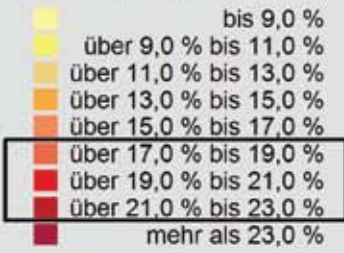
Armutsentwicklung

Die Armutsquote beträgt in Sachsen 19,6 Prozent (2007). Damit lebt fast jeder fünfte Bürger unterhalb der Armutsschwelle. Im Ländervergleich liegt Sachsen mit fast 20 Prozent Armutsquote im oberen Drittel aller Werte. Zwischen 2005 und 2007 gab es bei den Armutsquoten nur geringfügige Bewegungen, insgesamt bleiben die Armutsquoten 2005 und 2007 fast konstant.

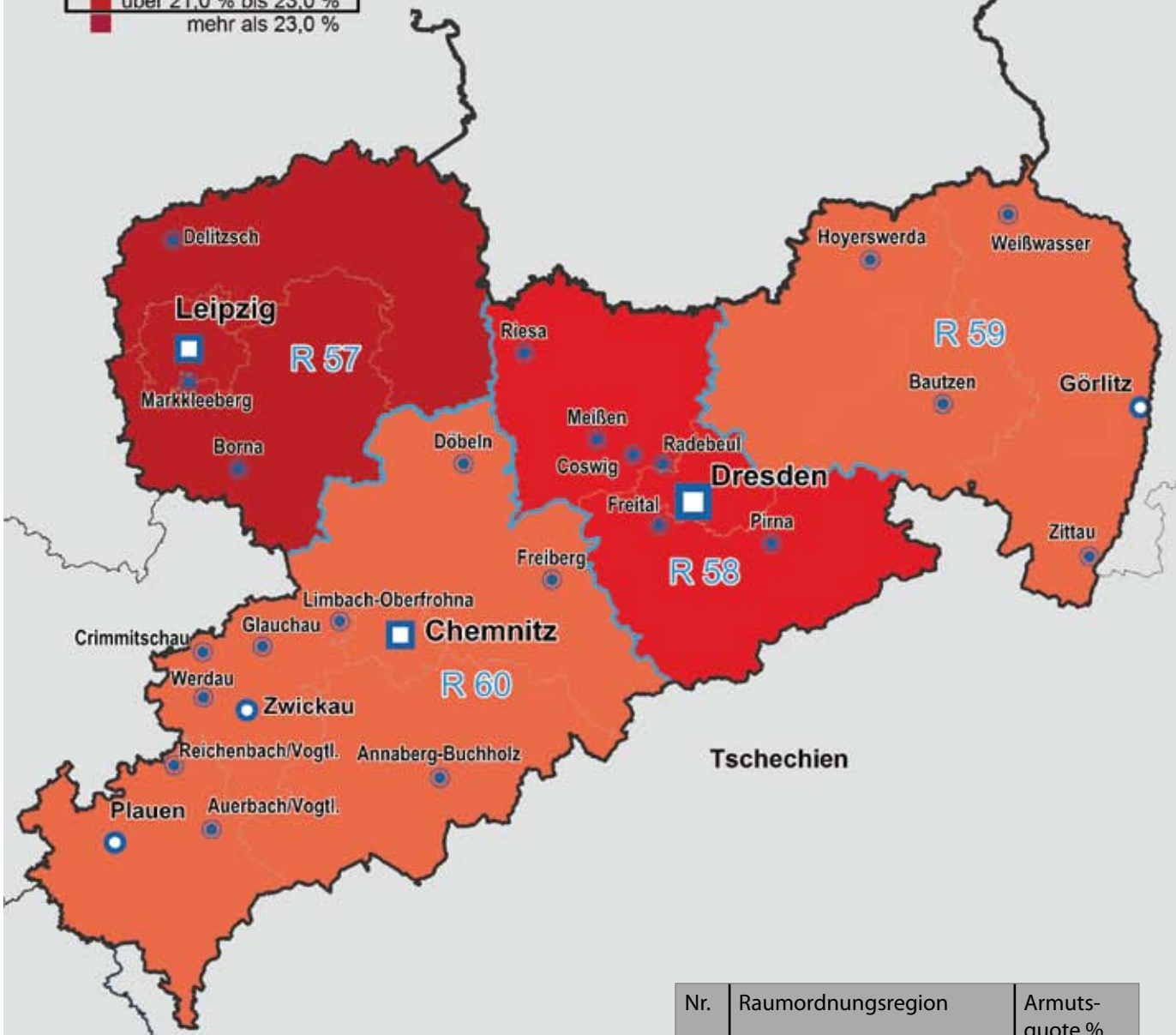
Armutsquoten in %	2005	2006	2007
Deutschland	14,7	14,0	14,3
Westdeutschland	13,2	12,7	12,9
Ostdeutschland	20,4	19,2	19,5
Sachsen	19,2	18,5	19,6

Auf der Ebene der Raumordnungsregionen ist die Armutsquote in Sachsen relativ gleichmäßig verteilt. Ein besonderer Schwerpunkt ist allerdings Westsachsen mit der Region um Leipzig, dort wird eine Armutsquote von 21,9 Prozent gemessen. Dagegen hat Südsachsen mit einer Quote von 18,2 Prozent den günstigsten Wert in Sachsen. Die übrigen zwei Raumordnungsregionen bewegen sich um den Durchschnittswert des Landes.

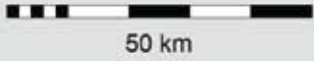
Armutsquoten 2007
Raumordnungsregionen (in Prozent)



Freistaat Sachsen



Nr.	Raumordnungsregion	Armutsquote %
57	West Sachsen	21,9
58	Oberes Elbtal/Osterzgebirge	20,1
59	Oberlausitz-Niederschlesien	18,8
60	Südsachsen	18,2



Der PARITÄTISCHE Gesamtverband
Paritätische Forschungsstelle
© Dr. Rudolf Martens, April 2009

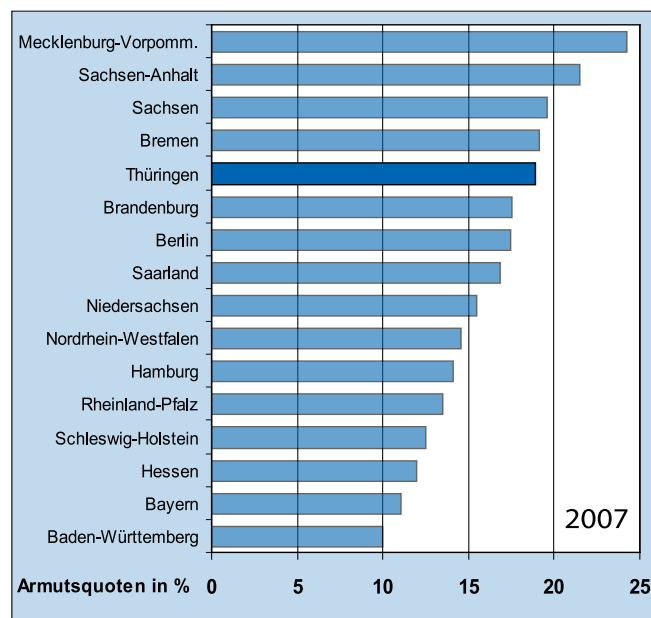
Freistaat Thüringen



Thüringen ist mit einer Fläche von 16.172 km² ein mittelgroßes Flächenland in der Mitte Deutschlands. Gemessen an der Einwohnerzahl liegt es mit 2,30 Mio. Einwohnern und einer Bevölkerungsdichte von 142 Einwohnern pro km² unter dem Durchschnitt der Flächenländer. Nach Niedersachsen, Sachsen und Sachsen-Anhalt hatte Thüringen mit fast 173.000 Abwanderungen die vierthöchsten Verluste zu verzeichnen (1991-2006).

Im bundesweiten Vergleich des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner lag das Bundesland 2007 mit 20.929 Euro am unteren Ende auf Platz 14. Die stärker entwickelten Regionen Thüringens befinden sich entlang der Städtelinie Erfurt-Weimar-Jena. Ostthüringen hingegen zählt gemeinsam mit dem Norden zu den strukturschwachen Regionen. Nach der Wiedervereinigung gingen zwei Drittel der Arbeitsplätze verloren. Inzwischen wurden einige Branchen wie der Gerätebau, die Mikroelektronik und die Medizintechnik neu angesiedelt. Dennoch ist die Arbeitslosigkeit hoch und die Durchschnittslöhne sind die niedrigsten in Deutschland. In der Industrie werden vor allem Glas, Keramik, Spielwaren, Holz, Textilien und zahlreiche Produkte aus der Metallverarbeitung hergestellt. Schwerpunkte sind in Eisenach und Waltershausen der Fahrzeug- und Maschinenbau. Die größten Unternehmen sind Deutsche Bahn, Deutsche Post und Deutsche Telekom.

Die Zahl der Erwerbstätigen nahm zwischen 1991 und 2008 um 16,2 Prozent ab. Nur Sachsen-Anhalt hatte einen stärkeren Rückgang zu verzeichnen. Die Arbeitslosenquote lag mit 11,3 Prozent im



Jahresdurchschnitt 2008 deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse gingen zwischen 1993 und 2008 um 14,9 Prozent zurück, damit lag Thüringen im hinteren Drittel aller Bundesländer. Am Jahresende 2006 bezogen 12,7 Prozent der Bevölkerung Mindestsicherungsleistungen (Durchschnitt = 10,1 Prozent) in Form von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld (Hartz IV), Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsminderung und Sozialhilfe (SGB II und SGB XII).

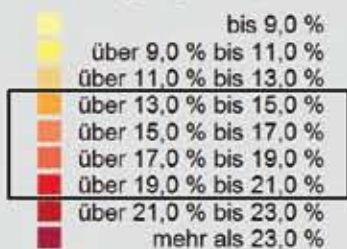
Armutsentwicklung

Thüringen wies 2007 eine Armutsquote von 18,9 Prozent auf, das ist fast jede fünfte Person im Land. Zwischen 2005 und 2007 konnte sich Thüringen kontinuierlich um einen Prozentpunkt verbessern von 19,9 Prozent auf 18,9 Prozent. Damit befindet sich Thüringen zwar im oberen Drittel, bezogen auf Armutsquoten in Deutschland. Die im Vergleich zu Ostdeutschland stehen allerdings nur Berlin und Brandenburg günstiger da.

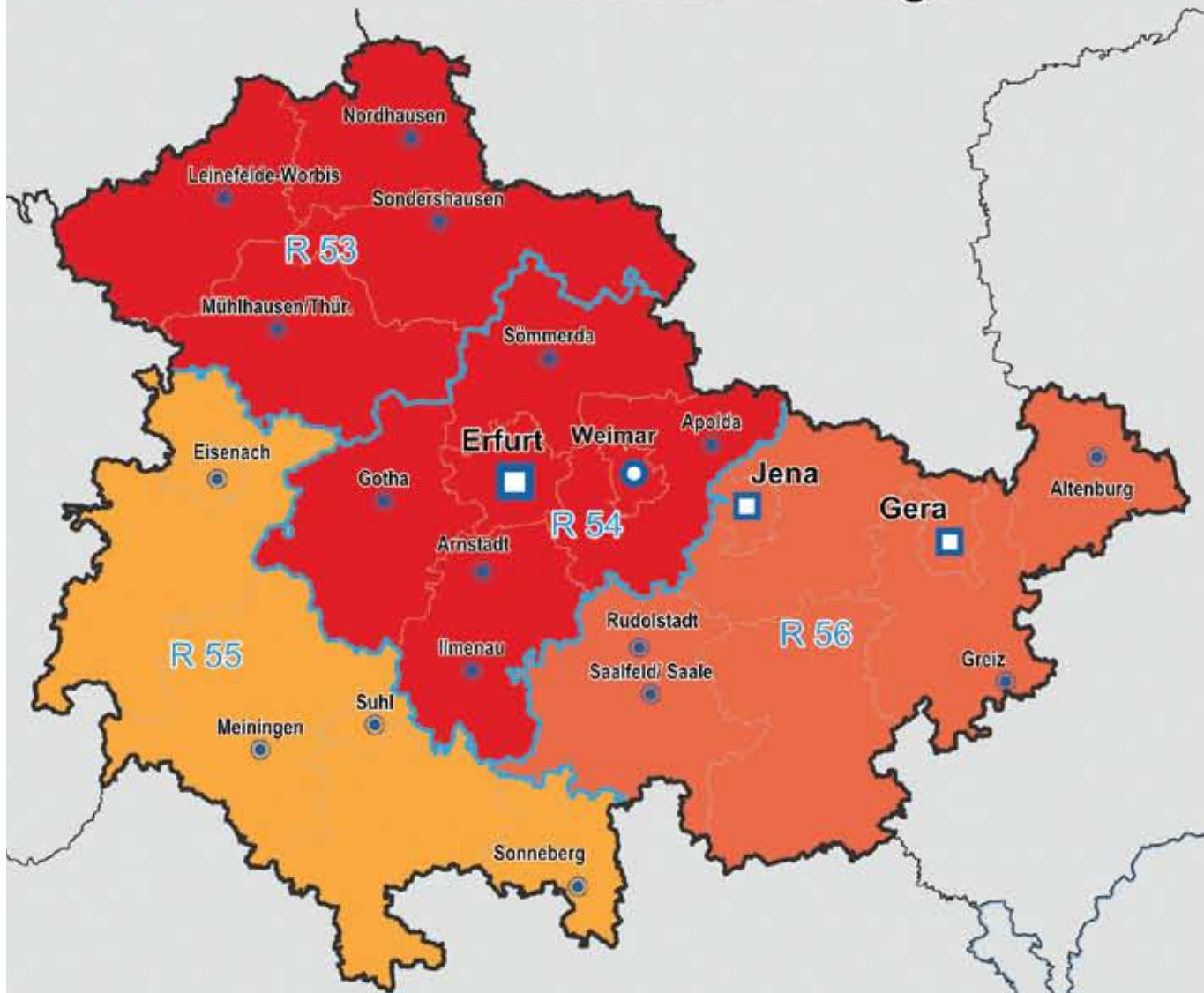
Armutsquoten in %	2005	2006	2007
Deutschland	14,7	14,0	14,3
Westdeutschland	13,2	12,7	12,9
Ostdeutschland	20,4	19,2	19,5
Thüringen	19,9	19,0	18,9

Die Raumordnungsregion Südthüringen besitzt mit 14,9 Prozent die günstigste Armutsquote im Land. Der höchste Wert wird in Mittelthüringen (Erfurt-Weimar) mit knapp 21,0 Prozent erreicht. Ostthüringen mit Jena und Gera erreicht etwa den Landesdurchschnitt Thüringens.

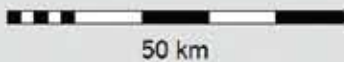
Armutsquoten 2007
Raumordnungsregionen (in Prozent)



Freistaat Thüringen



Tschechien



Der PARITÄTISCHE Gesamtverband
Paritätische Forschungsstelle
© Dr. Rudolf Martens, April 2009

Nr.	Raumordnungsregion	Armuts- quote %
53	Nordthüringen	20,5
54	Mittelthüringen	20,8
55	Südthüringen	14,9
56	Ostthüringen	19,0

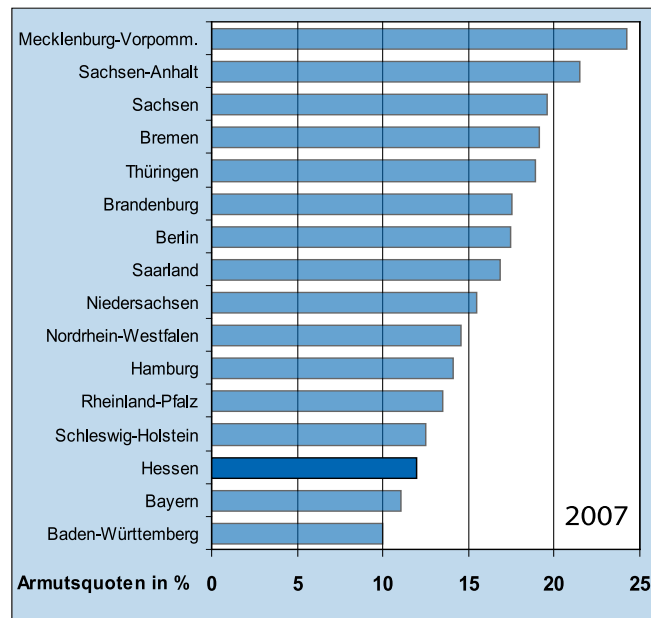
Hessen



Hessen liegt westlich von der Mitte Deutschlands und ist gemessen an der Fläche (21.115 km²) und einer Einwohnerzahl von 6,07 Mio. Einwohnern ein mittelgroßes Bundesland. Im bundesdeutschen Vergleich der Flächenländer ist die Bevölkerungsdichte mit 288 Einwohnern pro km² überdurchschnittlich hoch. Der Saldo der Binnenwanderung 1991 bis 2006 war mit 138.000 Personen positiv.

Mit einem Bruttoinlandsprodukt von 35.680 Euro pro Einwohner ist Hessen das drittstärkste Bundesland, nach Hamburg und Bremen (2007). Das Rhein-Main-Gebiet besitzt nach dem Ruhrgebiet die größte Industriedichte in Deutschland. Von besonderer Bedeutung sind die chemische und pharmazeutische Industrie. Im Maschinen- und Fahrzeugbau ist vor allem Opel in Rüsselsheim zu erwähnen. Der Bankensektor ist für die Stadt Frankfurt am Main von großer Bedeutung, zu dem die Bundesbank und die Europäische Zentralbank gehören. Die größten Arbeitgeber in Hessen sind die Lufthansa, Deutsche Post, Deutsche Bahn, Opel und die Fraport AG. Etwa ein Drittel der hessischen Fläche wird landwirtschaftlich genutzt.

In Hessen stieg die absolute Zahl der Erwerbstätigen von 2,93 Mio. 1991 auf 3,13 Mio. im Jahre 2008. Das war ein Anstieg von 7,0 Prozent. Die Arbeitslosenquote Hessens bewegte sich mit 6,6 Prozent deutlich unter dem Durchschnitt aller Bundesländer (7,8 Prozent). Bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen hatte Hessen zwischen 1993 und 2008 eine nur im Vergleich mit dem Deutschlanddurchschnitt von minus 4,0 Prozent günstigere Entwicklung. Die Abnahme betrug



1,9 Prozent. Am Jahresende 2006 bezogen 9,0 Prozent der Bevölkerung Mindestsicherungsleistungen (Durchschnitt = 10,1 Prozent) in Form von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld (Hartz IV), Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsminderung und Sozialhilfe (SGB II und SGB XII).

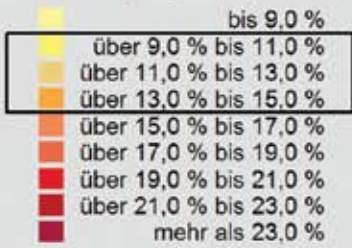
Armutsentwicklung

Nach Baden-Württemberg und Bayern weist Hessen den drittbesten Wert in Deutschland auf. Mit 12,0 Prozent lebt jede achte Person in Hessen unterhalb der Armutsschwelle. Die Armutsschwelle sinkt von 2005 nach 2007 leicht um 0,7 Prozentpunkte. Diese leichte Verbesserung ist deutlich günstiger als die Entwicklung in Westdeutschland mit einer Abnahme lediglich in Höhe von 0,3 Prozentpunkten.

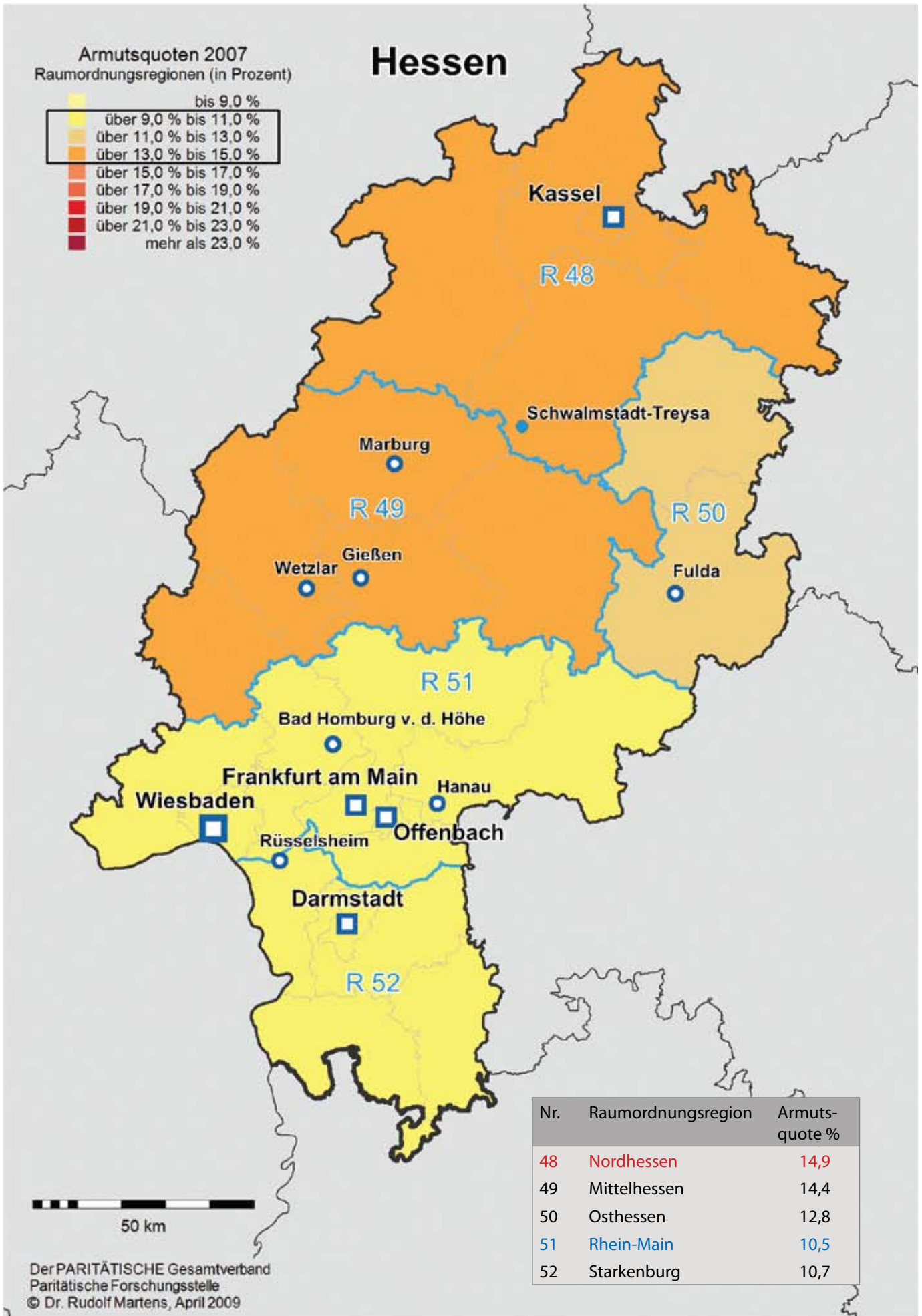
Armutsquoten in %	2005	2006	2007
Deutschland	14,7	14,0	14,3
Westdeutschland	13,2	12,7	12,9
Ostdeutschland	20,4	19,2	19,5
Hessen	12,7	12,0	12,0

Hessen ist nördlich von Frankfurt am Main in zwei Hälften geteilt. Die wirtschaftliche Ausstrahlung des Rhein-Main-Gebietes lässt sich an den niedrigen Armutsquoten erkennen, mit Werten zwischen 10 und 11 Prozent. Dagegen steigen die Armutsquoten im Norden Hessens auf fast 15 Prozent an. Osthessen weist einen Wert knapp unterhalb von 13 Prozent auf. Hessen erscheint damit als ein Bundesland, das aus Regionen gebildet wird, deren Armutsquoten deutlich über oder deutlich unter dem Landesdurchschnitt liegen.

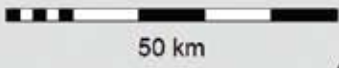
Armutquoten 2007
Raumordnungsregionen (in Prozent)



Hessen



Nr.	Raumordnungsregion	Armutquote %
48	Nordhessen	14,9
49	Mittelhessen	14,4
50	Osthessen	12,8
51	Rhein-Main	10,5
52	Starkenburger Land	10,7



Der PARITÄTISCHE Gesamtverband
Paritätische Forschungsstelle
© Dr. Rudolf Martens, April 2009

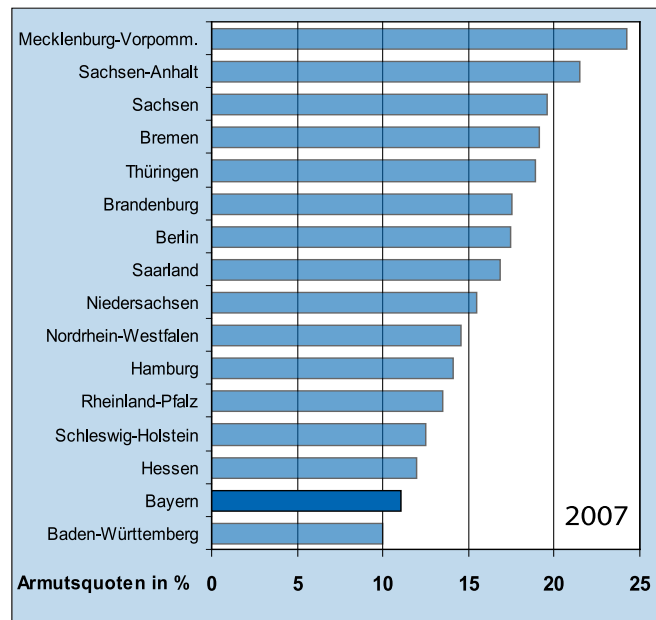
Freistaat Bayern



Mit einer Fläche von 70.552 km² ist Bayern das größte und nach der Einwohnerzahl von 12.51 Mio. Einwohnern das zweitgrößte Bundesland. Im Vergleich mit anderen Flächenländern hat Bayern mit 177 Einwohnern pro km² eine unterdurchschnittliche Bevölkerungsdichte. Bei innerdeutschen Wanderungsbewegungen konnte Bayern mit 595.000 Personen (1991 bis 2006) die mit großem Abstand höchsten Wanderungsgewinne in Deutschland verzeichnen.

Bayern ist ein wirtschaftsstarker Staat, der sich als „industrieller Nachzügler“ erfolgreich vom Agrar zum Technologieland entwickelt hat. Die jüngste Industrieregion in Deutschland ist der Großraum München. Entsprechend befindet sich hier die wirtschaftlich stärkste Region Bayerns. Dort ist die Automobilindustrie angesiedelt, des weiteren sind sehr einflussreiche Sektoren die IT- und die Medienbranche. Aber auch die Rüstungsindustrie und der Tourismus tragen zum Wirtschaftswachstum bei. Beim Bruttoinlandsprodukt je Einwohner lag Bayern 2007 mit 34.704 Euro vor Baden-Württemberg und hinter Hessen und belegte im bundesdeutschen Vergleich Rang vier.

Die Anzahl der Erwerbstätigen nahm zwischen 1991 bis 2008 um 10,4 Prozent zu. Die Arbeitslosenquote betrug im Jahresdurchschnitt 2008 lediglich 4,2 Prozent. Damit hatte Bayern (Bundesdurchschnitt 7,8 Prozent) die zweitniedrigste Arbeitslosenquote. Die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse haben zwischen 1993 und 2008 um 4,7 Prozent zugenommen. Am Jahresende 2006 bezogen 5,3 Prozent der Be-



völkerung Mindestsicherungsleistungen (Durchschnitt = 10,1 Prozent) in Form von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld (Hartz IV), Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsminderung und Sozialhilfe (SGB II und SGB XII).

Armutsentwicklung

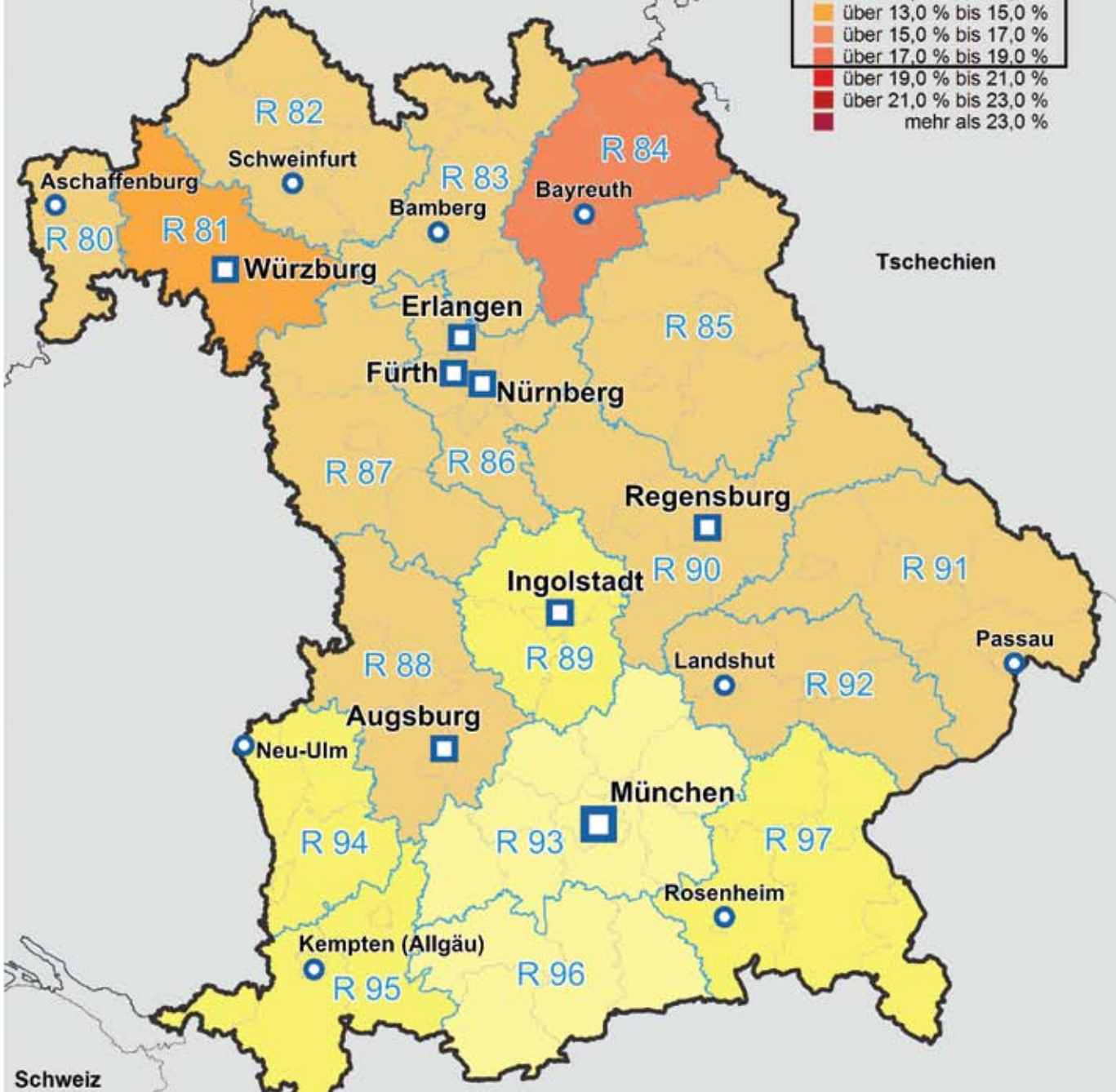
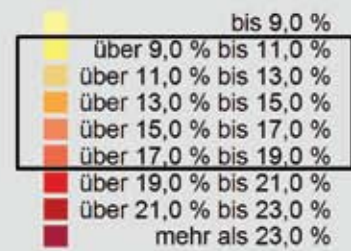
Mit 11,0 Prozent oder jeder neunten Person, die unter der Armutsschwelle lebt, weist Bayern nach Baden-Württemberg den zweitbesten Wert in Deutschland auf. Die Entwicklung zwischen 2005 und 2007 entspricht dem Verlauf in Westdeutschland und im Deutschlanddurchschnitt, allerdings für Bayern auf einem niedrigeren Niveau. Die Armutsquoten bewegen sich in Bayern nur wenig, zwischen 2005 und 2007 mit einer leichten Tendenz zu niedrigeren Werten hin.

Armutquoten in %	2005	2006	2007
Deutschland	14,7	14,0	14,3
Westdeutschland	13,2	12,7	12,9
Ostdeutschland	20,4	19,2	19,5
Bayern	11,4	10,9	11,0

Räumlich betrachtet erscheint Bayern zweigeteilt: Südlich der Linie Würzburg-Passau zeigen sich die niedrigsten Armutsquoten in Deutschland, dies betrifft insbesondere den wirtschaftlich starken Münchner Raum. Nördlich der Linie Würzburg-Passau steigen die Armutsquoten an und erreichen in Oberfranken-Ost die höchsten Werte. Mit über 15 Prozent sind diese etwa doppelt so hoch wie die Armutsquoten im Süden Bayerns.

Freistaat Bayern

Armutsquoten 2007
Raumordnungsregionen (in Prozent)



Schweiz
Liechtenstein
Österreich



Der PARITÄTISCHE Gesamtverband
Paritätische Forschungsstelle
© Dr. Rudolf Martens, April 2009

Nr.	Raumordnungsregion	Armutsquote %	Nr.	Raumordnungsregion	Armutsquote %
80	Bayerischer Untermain	11,2	89	Ingolstadt	9,2
81	Würzburg	14,4	90	Regensburg	11,8
82	Main-Rhön	11,2	91	Donau-Wald	12,6
83	Oberfranken-West	12,2	92	Landshut	11,7
84	Oberfranken-Ost	15,1	93	München	8,4
85	Oberpfalz-Nord	11,4	94	Donau-Iller (BY)	10,5
86	Industrieregion Mittelfranken	12,7	95	Allgäu	10,7
87	Westmittelfranken	12,2	96	Oberland	7,7
88	Augsburg	11,5	97	Südostoberbayern	10,6

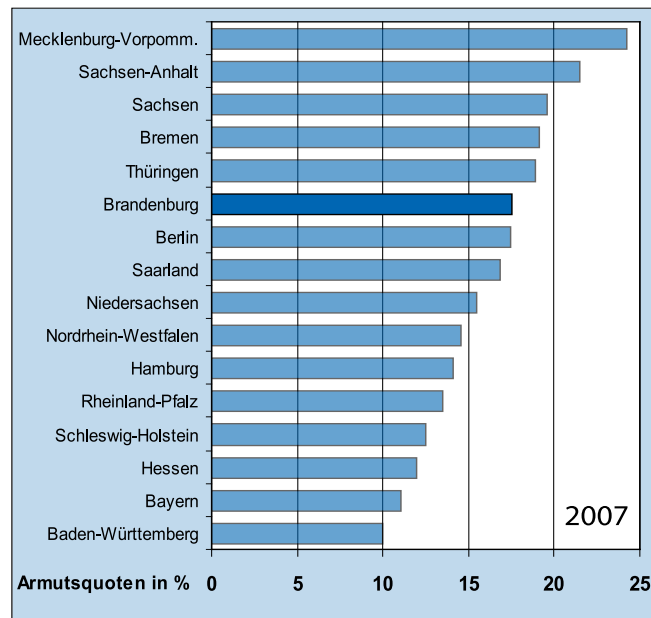
Baden-Württemberg



Baden-Württemberg befindet sich im Südwesten Deutschlands und ist gemessen an der Einwohnerzahl (10,74 Mio.) das drittgrößte Bundesland (Fläche 35.752 km²). Im Vergleich mit anderen Flächenländern hat Baden-Württemberg mit 301 Einwohnern pro km² eine überdurchschnittliche Bevölkerungsdichte. Bei den innerdeutschen Wanderungsbewegungen, die stark von den Erwerbsmöglichkeiten abhängen, konnte das Bundesland hinter Bayern und Rheinland-Pfalz Wanderungsgewinne in Höhe von 208.000 Personen zwischen 1991 und 2006 erzielen.

Baden-Württemberg zählt zu den wirtschaftsstärksten und wettbewerbsfähigsten Regionen Europas, insbesondere im Bereich Hochtechnologie sowie Forschung und Entwicklung. Das Bruttoinlandsprodukt beträgt 32.850 Euro pro Einwohner, das Land liegt damit hinter Bayern an fünfter Stelle. Zwischen 1991 und 2006 haben die Anteile des produzierenden Gewerbes, das hier besonders stark ausgeprägt ist, und der Landwirtschaft an der Wirtschaftsleistung des Landes erkennbar abgenommen. Zugenommen haben alle Dienstleistungsbereiche. Typisch für Baden-Württemberg ist die dezentrale Struktur seiner Industrie.

Die Anzahl der Erwerbstätigen nahm (1991-2008) um 9,9 Prozent zu. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit 1,9 Prozent weniger stark. Die Arbeitslosenquote betrug im Jahresdurchschnitt 2008 lediglich 4,1 Prozent. Sie ist die niedrigste in Deutschland (7,8 Prozent). Typischerweise ist die Arbeitslosenquote in ländlichen Regionen niedriger als in den Städten. Am Jahresende 2006



bezogen 5,7 Prozent der Bevölkerung Mindestsicherungsleistungen (Durchschnitt = 10,1 Prozent) in Form von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld (Hartz IV), Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsminderung und Sozialhilfe (SGB II und SGB XII).

Armutsentwicklung

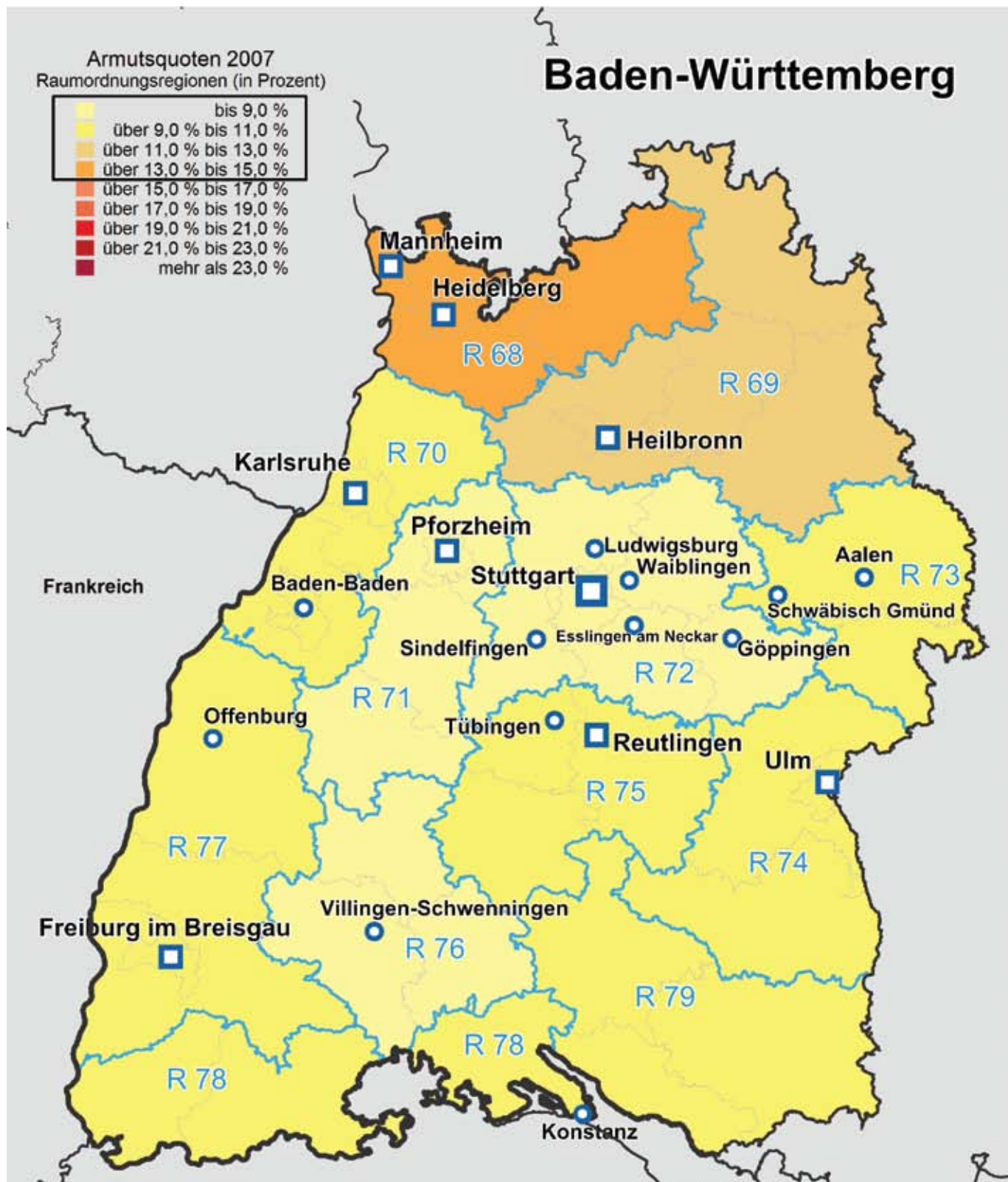
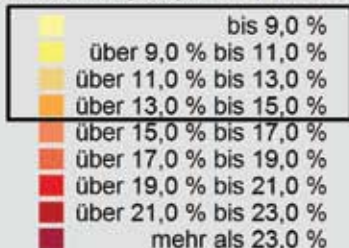
Baden-Württemberg weist mit einer Armutsquote von 10,0 Prozent den niedrigsten Wert aller Bundesländer auf. Jede zehnte Person lebt unterhalb der Armutsschwelle. Zwischen 2005 und 2007 bewegen sich die Armutsquoten nur wenig und sinken leicht von 10,6 auf 10,0 Prozent.

Armutsquoten in %	2005	2006	2007
Deutschland	14,7	14,0	14,3
Westdeutschland	13,2	12,7	12,9
Ostdeutschland	20,4	19,2	19,5
Baden-Württemberg	10,6	10,1	10,0

Südlich von Heilbronn, das sind ca. drei Viertel der Fläche von Baden-Württemberg, weisen die Armutsquoten Beträge unter 11 Prozent auf, der Stuttgarter Raum und der Raum südwestlich davon sogar Werte von unter 9 Prozent. Mit dem Kreis Heilbronn und nördlich davon steigen die Armutsquoten in Franken auf 12 und in der Region Unterer Neckar mit dem alten Industriestandort Mannheim auf 13 Prozent an. Bezogen auf den Landesdurchschnitt von 10 Prozent sind dies moderate Werte. Im Vergleich mit der Situation in Deutschland und den anderen Bundesländern variieren die Armutsquoten in Baden-Württemberg insgesamt auf einem niedrigen Niveau.

Baden-Württemberg

Armutsquoten 2007
Raumordnungsregionen (in Prozent)



Nr.	Raumordnungsregion	Armutsquote %	Nr.	Raumordnungsregion	Armutsquote %
68	Unterer Neckar	13,0	74	Donau-Iller (BW)	10,1
69	Franken	12,1	75	Neckar-Alb	9,9
70	Mittlerer Oberrhein	9,3	76	Schwarzwald-Baar-Heuberg	7,4
71	Nordschwarzwald	8,7	77	Südlicher Oberrhein	10,6
72	Stuttgart	8,9	78	Hochrhein-Bodensee	9,6
73	Ostwürttemberg	10,5	79	Bodensee-Oberschwaben	9,9



Der PARITÄTISCHE Gesamtverband
Paritätische Forschungsstelle
© Dr. Rudolf Martens, April 2009

Tabellen

Erläuterungen zu Indikatoren im Text

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeitsuchende bis zur Vervollendung des 65. Lebensjahres, die nicht oder weniger als 15 Stunden wöchentlich in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme als Arbeitnehmer sofort zur Verfügung stehen. Arbeitslose müssen sich persönlich bei ihrer zuständigen Arbeitsagentur oder dem nach Sozialgesetzbuch II (Hartz IV) zuständigen Träger gemeldet haben. Daten der Bundesagentur für Arbeit.

Arbeitslosenquote

Die Bundesagentur für Arbeit ermittelt zwei unterschiedliche Arbeitslosenquoten:

(1) Arbeitslose in Prozent der *abhängigen* zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose) und (2) Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen (abhängige zivile Erwerbspersonen [= sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose], Selbstständige, mithelfende Familienangehörige). Im Armutsatlas wurde die Arbeitslosenquote gemäß (2) verwendet. Daten der Bundesagentur für Arbeit.

Erwerbstätige

Zu den Erwerbstätigen zählen alle Personen, die als Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte, Beamte, geringfügig Beschäftigte, Soldaten) oder als Selbstständige beziehungsweise als mithelfende Familienangehörige eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, unabhängig vom Umfang dieser Tätigkeit. Daten des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Hierzu zählen alle Arbeitnehmer einschließlich der Auszubildenden, die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu entrichten sind. Ausschließlich geringfügig entlohnte Personen werden nicht zu den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern gezählt. Daten der Bundesagentur für Arbeit.

Binnenwanderung

(Saldo auf Bundesländerebene)

Binnenwanderungen sind alle Wohnsitzwechsel über eine Grenze (hier: Bundesländer) hinweg, die sich innerhalb der Grenzen Deutschlands bewegen. Die Statistik der Wanderungen registriert aufgrund der Meldepflicht die Zu- und Fortzüge der Bevölkerung in Deutschland. Daten des Statistischen Bundesamtes.

Empfänger von Mindestsicherungsleistungen

Im wesentlichen Empfänger von Leistungen in Form von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld (Sozialgesetzbuch II bzw. Hartz IV), Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsminderung und Sozialhilfe (Sozialgesetzbuch XII) sowie kleinere Empfängerzahlen von Regelleistungen gemäß Asylbewerberleistungsgesetz und Kriegsopferfürsorge. Daten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder.

Tabelle A: Raumordnungsregionen mit Nummernbezeichnung und Zugehörigkeit zum jeweiligen Bundesland (erkennbar an den Farbwechseln), Angaben zu den Armutsquoten in den Jahren 2005, 2006, 2007; Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder sowie eigene Berechnungen, April 2009

Nr.	Raumordnungsregion	Bundesland	Armutsquoten in Prozent		
			2005	2006	2007
1	Schleswig-Holstein Nord	Schleswig-Holstein	12,6	12,5	11,7
2	Schleswig-Holstein Süd-West	Schleswig-Holstein	18,5	15,8	14,8
3	Schleswig-Holstein Mitte	Schleswig-Holstein	15,7	13,4	15,0
4	Schleswig-Holstein Ost	Schleswig-Holstein	16,7	16,4	17,6
5	Schleswig-Holstein Süd	Schleswig-Holstein	8,7	7,8	8,3
6	Hamburg	Hamburg	15,7	14,3	14,1
7	Westmecklenburg	Mecklenburg-Vorpommern	23,4	21,3	23,4
8	Mittleres Mecklenburg/Rostock	Mecklenburg-Vorpommern	22,2	20,9	21,9
9	Vorpommern	Mecklenburg-Vorpommern	25,9	25,6	27,0
10	Mecklenburgische Seenplatte	Mecklenburg-Vorpommern	24,5	23,9	24,6
11	Bremen*	Bremen*	21,4	18,3	18,1
12	Ost-Friesland	Niedersachsen	20,1	21,3	20,3
13	Bremerhaven*	Niedersachsen*	18,2	19,5	17,4
14	Hamburg-Umland-Süd	Niedersachsen	12,5	11,7	12,8
15	Bremen-Umland	Niedersachsen	12,0	13,9	13,7
16	Oldenburg	Niedersachsen	17,4	17,3	16,2
17	Emsland	Niedersachsen	13,7	13,6	13,6
18	Osnabrück	Niedersachsen	16,0	15,9	17,0
19	Hannover	Niedersachsen	15,5	15,6	16,3
20	Südheide	Niedersachsen	17,2	14,4	12,4
21	Lüneburg	Niedersachsen	19,3	15,4	14,8
22	Braunschweig	Niedersachsen	13,8	12,9	14,1
23	Hildesheim	Niedersachsen	14,3	13,7	13,4
24	Göttingen	Niedersachsen	18,3	18,1	18,5
25	Prignitz-Oberhavel	Brandenburg	20,6	20,0	19,2
26	Uckermark-Barnim	Brandenburg	20,6	20,3	20,6
27	Oderland-Spree	Brandenburg	19,8	22,0	18,2
28	Lausitz-Spreewald	Brandenburg	19,4	18,1	17,2
29	Havelland-Fläming	Brandenburg	17,3	16,4	15,3
30	Berlin	Berlin	19,7	17,0	17,5
31	Altmark**	Sachsen-Anhalt	18,9	18,6	19,3
32	Magdeburg**	Sachsen-Anhalt	20,8	20,5	20,7
33	Dessau**	Sachsen-Anhalt	21,6	21,7	21,7
34	Halle/S.**	Sachsen-Anhalt	25,6	23,7	22,9
35	Münster	Nordrhein-Westfalen	11,5	11,5	11,8
36	Bielefeld	Nordrhein-Westfalen	13,9	14,3	14,7
37	Paderborn	Nordrhein-Westfalen	17,0	14,9	13,8
38	Arnsberg	Nordrhein-Westfalen	13,5	13,0	13,5
39	Dortmund	Nordrhein-Westfalen	17,4	17,7	18,0
40	Emscher-Lippe	Nordrhein-Westfalen	17,7	17,4	16,6
41	Duisburg/Essen	Nordrhein-Westfalen	15,5	14,5	15,8
42	Düsseldorf	Nordrhein-Westfalen	13,9	12,4	13,6
43	Bochum/Hagen	Nordrhein-Westfalen	15,1	15,0	16,0
44	Köln	Nordrhein-Westfalen	13,8	13,3	13,4
45	Aachen	Nordrhein-Westfalen	16,8	14,8	16,2

* in der Raumordnungsregion Bremerhaven, Land Niedersachsen, ist die kreisfreie Stadt Bremerhaven eingeordnet, die zum Bundesland Bremen gehört; aus diesem Grund weichen die Armutsquoten der Raumordnungsregion Bremen vom Bundesland Bremen ab

** die Raumordnungsregionen in Sachsen-Anhalt wurden gemäß den Neuformungen und Fusionierungen der Kreise nach der Kreisreform im Jahre 2007 nach Auskunft der Obersten Landesplanungsbehörde im Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr (Magdeburg) neu abgegrenzt (März 2009); die notwendige Umrechnung der Armutsquoten erfolgte anhand von Umrechnungsfaktoren (Bevölkerungszahlen) des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, März 2009

46	Bonn	Nordrhein-Westfalen	11,5	11,8	12,0
47	Siegen	Nordrhein-Westfalen	9,1	12,2	14,0
48	Nordhessen	Hessen	14,6	14,8	14,9
49	Mittelhessen	Hessen	15,0	14,4	14,4
50	Osthessen	Hessen	14,8	13,2	12,8
51	Rhein-Main	Hessen	11,6	10,5	10,5
52	Starkenburger	Hessen	10,9	10,5	10,7
53	Nordthüringen	Thüringen	22,0	19,6	20,5
54	Mittelthüringen	Thüringen	20,8	19,9	20,8
55	Südthüringen	Thüringen	16,2	15,4	14,9
56	Ostthüringen	Thüringen	20,4	20,2	19,0
57	Westsachsen***	Sachsen	21,5	20,7	21,9
58	Oberes Elbtal/ Osterzgebirge	Sachsen	18,1	18,5	20,1
59	Oberlausitz-Niederschlesien	Sachsen	18,7	17,2	18,8
60	Südsachsen***	Sachsen	18,7	17,7	18,2
61	entfällt***	Sachsen	–	–	–
62	Mittelrhein-Westerwald	Rheinland-Pfalz	14,6	12,8	13,8
63	Trier	Rheinland-Pfalz	14,7	14,1	12,7
64	Rheinhessen-Nahe	Rheinland-Pfalz	13,4	14,1	15,2
65	Westpfalz	Rheinland-Pfalz	17,7	14,5	14,1
66	Rheinpfalz	Rheinland-Pfalz	11,9	11,4	11,5
67	Saar	Saarland	15,4	16,0	16,8
68	Unterer Neckar	Baden-Württemberg	12,2	11,9	13,0
69	Franken	Baden-Württemberg	11,5	12,6	12,1
70	Mittlerer Oberrhein	Baden-Württemberg	10,5	9,6	9,3
71	Nordschwarzwald	Baden-Württemberg	10,3	9,6	8,7
72	Stuttgart	Baden-Württemberg	9,2	9,2	8,9
73	Ostwürttemberg	Baden-Württemberg	11,5	10,4	10,5
74	Donau-Iller (BW)	Baden-Württemberg	11,0	9,2	10,1
75	Neckar-Alb	Baden-Württemberg	11,1	9,6	9,9
76	Schwarzwald-Baar-Heuberg	Baden-Württemberg	10,0	8,5	7,4
77	Südlicher Oberrhein	Baden-Württemberg	11,8	11,2	10,6
78	Hochrhein-Bodensee	Baden-Württemberg	11,0	9,6	9,6
79	Bodensee-Oberschwaben	Baden-Württemberg	8,9	9,6	9,9
80	Bayerischer Untermain	Bayern	12,2	10,5	11,2
81	Würzburg	Bayern	13,9	14,0	14,4
82	Main-Rhön	Bayern	12,2	13,2	11,2
83	Oberfranken-West	Bayern	12,0	12,5	12,2
84	Oberfranken-Ost	Bayern	15,7	15,2	15,1
85	Oberpfalz-Nord	Bayern	13,1	12,1	11,4
86	Industrieregion Mittelfranken	Bayern	12,5	12,2	12,7
87	Westmittelfranken	Bayern	12,8	11,5	12,2
88	Augsburg	Bayern	11,5	11,5	11,5
89	Ingolstadt	Bayern	9,7	8,6	9,2
90	Regensburg	Bayern	11,3	11,7	11,8
91	Donau-Wald	Bayern	12,2	12,4	12,6
92	Landshut	Bayern	12,8	12,3	11,7
93	München	Bayern	8,9	8,0	8,4
94	Donau-Iller (BY)	Bayern	12,4	11,4	10,5
95	Allgäu	Bayern	10,3	9,5	10,7
96	Oberland	Bayern	8,4	7,9	7,7
97	Südostoberbayern	Bayern	10,8	10,8	10,6

*** die Raumordnungsregionen Nr. 60 (Chemnitz-Erzgebirge) und Nr. 61 (Südwestsachsen) sowie der Landkreis Döbeln, bisher zugehörig zur Raumordnungsregion Nr. 57 (Westsachsen), wurden im Zuge der Kreisgebietsreform 2008 zusammengefasst zur Raumordnungsregion Nr. 60 (Südsachsen), die bisherige Nr. 61 entfällt entsprechend (gemäß Auskunft der Obersten Raumordnungs- und Landesplanungsbehörde im Sächsischen Staatsministerium des Innern)

Tabelle B: Raumordnungsregionen mit Raumordnungsnummer und Bundesland, sortiert nach der Höhe der Armutsquoten und beginnend mit dem niedrigsten Wert, Daten aus 2007; Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder sowie eigene Berechnungen, April 2009

Nr.	Raumordnungsregion	Bundesland	Armutsquote 2007
76	Schwarzwald-Baar-Heuberg	Baden-Württemberg	7,4
96	Oberland	Bayern	7,7
5	Schleswig-Holstein Süd	Schleswig-Holstein	8,3
93	München	Bayern	8,4
71	Nordschwarzwald	Baden-Württemberg	8,7
72	Stuttgart	Baden-Württemberg	8,9
89	Ingolstadt	Bayern	9,2
70	Mittlerer Oberrhein	Baden-Württemberg	9,3
78	Hochrhein-Bodensee	Baden-Württemberg	9,6
75	Neckar-Alb	Baden-Württemberg	9,9
79	Bodensee-Oberschwaben	Baden-Württemberg	9,9
74	Donau-Iller (BW)	Baden-Württemberg	10,1
51	Rhein-Main	Hessen	10,5
94	Donau-Iller (BY)	Bayern	10,5
73	Ostwürttemberg	Baden-Württemberg	10,5
77	Südlicher Oberrhein	Baden-Württemberg	10,6
97	Südostoberbayern	Bayern	10,6
52	Starkenburger	Hessen	10,7
95	Allgäu	Bayern	10,7
82	Main-Rhön	Bayern	11,2
80	Bayerischer Untermain	Bayern	11,2
85	Oberpfalz-Nord	Bayern	11,4
66	Rheinpfalz	Rheinland-Pfalz	11,5
88	Augsburg	Bayern	11,5
1	Schleswig-Holstein Nord	Schleswig-Holstein	11,7
92	Landshut	Bayern	11,7
90	Regensburg	Bayern	11,8
35	Münster	Nordrhein-Westfalen	11,8
46	Bonn	Nordrhein-Westfalen	12,0
69	Franken	Baden-Württemberg	12,1
83	Oberfranken-West	Bayern	12,2
87	Westmittelfranken	Bayern	12,2
20	Südheide	Niedersachsen	12,4
91	Donau-Wald	Bayern	12,6
63	Trier	Rheinland-Pfalz	12,7
86	Industrieregion Mittelfranken	Bayern	12,7
14	Hamburg-Umland-Süd	Niedersachsen	12,8
50	Osthessen	Hessen	12,8
68	Unterer Neckar	Baden-Württemberg	13,0
23	Hildesheim	Niedersachsen	13,4
44	Köln	Nordrhein-Westfalen	13,4
38	Arnsberg	Nordrhein-Westfalen	13,5
42	Düsseldorf	Nordrhein-Westfalen	13,6
17	Emsland	Niedersachsen	13,6
15	Bremen-Umland	Niedersachsen	13,7
37	Paderborn	Nordrhein-Westfalen	13,8
62	Mittelrhein-Westerwald	Rheinland-Pfalz	13,8
47	Siegen	Nordrhein-Westfalen	14,0
22	Braunschweig	Niedersachsen*	14,1

6	Hamburg	Hamburg	14,1
65	Westpfalz	Rheinland-Pfalz	14,1
81	Würzburg	Bayern	14,4
49	Mittelhessen	Hessen	14,4
36	Bielefeld	Nordrhein-Westfalen	14,7
21	Lüneburg	Niedersachsen	14,8
2	Schleswig-Holstein Süd-West	Schleswig-Holstein	14,8
55	Südthüringen	Thüringen	14,9
48	Nordhessen	Hessen	14,9
3	Schleswig-Holstein Mitte	Schleswig-Holstein	15,0
84	Oberfranken-Ost	Bayern	15,1
64	Rheinhessen-Nahe	Rheinland-Pfalz	15,2
29	Havelland-Fläming	Brandenburg	15,3
41	Duisburg/Essen	Nordrhein-Westfalen	15,8
43	Bochum/Hagen	Nordrhein-Westfalen	16,0
45	Aachen	Nordrhein-Westfalen	16,2
16	Oldenburg	Niedersachsen	16,2
19	Hannover	Niedersachsen	16,3
40	Emscher-Lippe	Nordrhein-Westfalen	16,6
67	Saar	Saarland	16,8
18	Osnabrück	Niedersachsen	17,0
28	Lausitz-Spreewald	Brandenburg	17,2
13	Bremerhaven	Niedersachsen	17,4
30	Berlin	Berlin	17,5
4	Schleswig-Holstein Ost	Schleswig-Holstein	17,6
39	Dortmund	Nordrhein-Westfalen	18,0
11	Bremen	Bremen	18,1
27	Oderland-Spree	Brandenburg	18,2
60	Südsachsen	Sachsen	18,2
24	Göttingen	Niedersachsen*	18,5
59	Oberlausitz-Niederschlesien	Sachsen	18,8
56	Ostthüringen	Thüringen	19,0
25	Prignitz-Oberhavel	Brandenburg	19,2
31	Altmark	Sachsen-Anhalt	19,3
58	Oberes Elbtal/Osterzgebirge	Sachsen	20,1
12	Ost-Friesland	Niedersachsen	20,3
53	Nordthüringen	Thüringen	20,5
26	Uckermark-Barnim	Brandenburg	20,6
32	Magdeburg	Sachsen-Anhalt	20,7
54	Mittelthüringen	Thüringen	20,8
33	Dessau	Sachsen-Anhalt	21,1
57	Westsachsen	Sachsen	21,9
8	Mittleres Mecklenburg/Rostock	Mecklenburg-Vorpommern	21,9
34	Halle/S.	Sachsen-Anhalt	22,9
7	Westmecklenburg	Mecklenburg-Vorpommern	23,4
10	Mecklenburgische Seenplatte	Mecklenburg-Vorpommern	24,6
9	Vorpommern	Mecklenburg-Vorpommern	27,0

Tabelle C: Verzeichnis der Raumordnungsregionen mit den zugehörigen Kreisen; Datenquelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung sowie Oberste Raumordnungs- und Landesplanungsbehörde im Sächsischen Staatsministerium des Innern.

1 Schleswig-Holstein Nord	11 Bremen
01001 KS Flensburg	04011 KS Bremen
01054 Nordfriesland	12 Ost-Friesland
01059 Schleswig-Flensburg	03402 KS Emden
2 Schleswig-Holstein Süd-West	03405 KS Wilhelmshaven
01051 Dithmarschen	03452 Aurich
01061 Steinburg	03455 Friesland
3 Schleswig-Holstein Mitte	03457 Leer
01002 KS Kiel	03462 Wittmund
01004 KS Neumünster	13 Bremerhaven
01057 Plön	03352 Cuxhaven
01058 Rendsburg-Eckernförde	03461 Wesermarsch
4 Schleswig-Holstein Ost	04012 KS Bremerhaven
01003 KS Lübeck	14 Hamburg-Umland-Süd
01055 Ostholstein	03353 Harburg
5 Schleswig-Holstein Süd	03357 Rotenburg (Wümme)
01053 Herzogtum Lauenburg	03359 Stade
01056 Pinneberg	15 Bremen-Umland
01060 Segeberg	03251 Diepholz
01062 Stormarn	03356 Osterholz
6 Hamburg	03361 Verden
02000 KS Hamburg, Freie und Hansestadt	03401 KS Delmenhorst
7 Westmecklenburg	16 Oldenburg
13004 KS Schwerin, Landeshauptstadt	03403 KS Oldenburg (Oldenburg)
13006 KS Wismar, Hansestadt	03451 Ammerland
13054 Ludwigslust	03453 Cloppenburg
13058 Nordwestmecklenburg	03458 Oldenburg (Oldenburg)
13060 Parchim	17 Emsland
8 Mittleres Mecklenburg/Rostock	03454 Emsland
13003 KS Rostock, Hansestadt	03456 Grafschaft Bentheim
13051 Bad Doberan	18 Osnabrück
13053 Güstrow	03404 KS Osnabrück
9 Vorpommern	03459 Osnabrück
13001 KS Greifswald, Hansestadt	03460 Vechta
13005 KS Stralsund, Hansestadt	19 Hannover
13057 Nordvorpommern	03241 Region Hannover
13059 Ostvorpommern	03256 Nienburg (Weser)
13061 Rügen	03257 Schaumburg
13062 Uecker-Randow	20 Südheide
10 Mecklenburgische Seenplatte	03351 Celle
13002 KS Neubrandenburg, Stadt	03358 Soltau-Fallingb.ostel
13052 Demmin	21 Lüneburg
13055 Mecklenburg-Strelitz	03354 Lüchow-Dannenberg
13056 Müritz	03355 Lüneburg
	03360 Uelzen

22 Braunschweig
03101 KS Braunschweig
03102 KS Salzgitter
03103 KS Wolfsburg
03151 Gifhorn
03153 Goslar
03154 Helmstedt
03157 Peine
03158 Wolfenbüttel
23 Hildesheim
03252 Hameln-Pyrmont
03254 Hildesheim
24 Göttingen
03152 Göttingen
03155 Northeim
03156 Osterode am Harz
03255 Holzminden
25 Prignitz-Oberhavel
12065 Oberhavel
12068 Ostprignitz-Ruppin
12070 Prignitz
26 Uckermark-Barnim
12060 Barnim
12073 Uckermark
27 Oderland-Spree
12053 KS Frankfurt/Oder
12064 Märkisch Oderland
12067 Oder-Spree
28 Lausitz-Spreewald
12052 KS Cottbus/Chosebusz
12061 Dahme-Spreewald
12062 Elbe-Elster
12066 Oberspreewald-Lausitz
12071 Spree-Neiße
29 Havelland-Fläming
12051 KS Brandenburg an der Havel
12054 KS Potsdam
12063 Havelland
12069 Potsdam-Mittelmark
12072 Teltow-Fläming
30 Berlin
11000 KS Berlin
31 Altmark
15081 Altmarkkreis Salzwedel
15090 Stendal

32 Magdeburg
15003 KS Magdeburg
15083 Börde
15085 Harz
15086 Jerichower Land
15089 Salzlandkreis
33 Dessau
15001 KS Dessau-Roßlau
15082 Anhalt-Bitterfeld
15091 Wittenberg
34 Halle/S.
15002 KS Halle (Saale)
15084 Burgenlandkreis
15087 Mansfeld-Südharz
15088 Saalekreis
35 Münster
05515 KS Münster (Westf.)
05554 Borken
05558 Coesfeld
05566 Steinfurt
05570 Warendorf
36 Bielefeld
05711 KS Bielefeld
05754 Gütersloh
05758 Herford
05766 Lippe
05770 Minden-Lübbecke
37 Paderborn
05762 Höxter
05774 Paderborn
38 Arnsberg
05958 Hochsauerlandkreis
05974 Soest
39 Dortmund
05913 KS Dortmund
05915 KS Hamm
05978 Unna
40 Emscher-Lippe
05512 KS Bottrop
05513 KS Gelsenkirchen
05562 Recklinghausen
41 Duisburg/Essen
05112 KS Duisburg
05113 KS Essen
05117 KS Mülheim a.d.Ruhr

05119	KS Oberhausen
05154	Kleve
05170	Wesel
42	Düsseldorf
05114	KS Krefeld
05116	KS Mönchengladbach
05120	KS Remscheid
05122	KS Solingen
05124	KS Wuppertal
05158	Mettmann
05162	Neuss
05166	Viersen
05111	KS Düsseldorf
43	Bochum/Hagen
05911	KS Bochum
05914	KS Hagen
05916	KS Herne
05954	Ennepe-Ruhr-Kreis
05962	Märkischer Kreis
44	Köln
05315	KS Köln
05316	KS Leverkusen
05362	Erfthkreis
05374	Oberbergischer Kreis
05378	Rheinisch-Bergischer Kreis
45	Aachen
05313	KS Aachen
05354	Aachen
05358	Düren
05366	Euskirchen
05370	Heinsberg
46	Bonn
05314	KS Bonn
05382	Rhein-Sieg-Kreis
47	Siegen
05966	Olpe
05970	Siegen
48	Nordhessen
06611	KS Kassel
06633	Kassel
06634	Schwalm-Eder-Kreis
06635	Waldeck-Frankenberg
06636	Werra-Meißner-Kreis
49	Mittelhessen
06531	Gießen

06532	Lahn-Dill-Kreis
06533	Limburg-Weilburg
06534	Marburg-Biedenkopf
06535	Vogelsbergkreis
50	Osthessen
06631	Fulda
06632	Hersfeld-Rotenburg
51	Rhein-Main
06412	KS Frankfurt am Main
06413	KS Offenbach am Main
06414	KS Wiesbaden
06434	Hochtaunuskreis
06435	Main-Kinzig-Kreis
06436	Main-Taunus-Kreis
06438	Offenbach
06439	Rheingau-Taunus-Kreis
06440	Wetteraukreis
52	Starkenburg
06411	KS Darmstadt
06431	Bergstraße
06432	Darmstadt-Dieburg
06433	Groß-Gerau
06437	Odenwaldkreis
53	Nordthüringen
16061	Eichsfeld
16062	Nordhausen
16064	Unstrut-Hainich-Kreis
16065	Kyffhäuserkreis
54	Mittelthüringen
16051	KS Erfurt, Landeshauptstadt
16055	KS Weimar
16067	Gotha
16068	Sömmerda
16070	Ilm-Kreis
16071	Weimarer Land
55	Südthüringen
16054	KS Suhl
16056	KS Eisenach
16063	Wartburgkreis
16066	Schmalkalden-Meiningen
16069	Hildburghausen
16072	Sonneberg
56	Ostthüringen
16052	KS Gera
16053	KS Jena

16073	Saalfeld-Rudolstadt
16074	Saale-Holzland-Kreis
16075	Saale-Orla-Kreis
16076	Greiz
16077	Altenburger Land
57 Westsachsen	
14713	Leipzig
14729	Landkreis Leipzig
14730	Nordsachsen
58 Oberes Elbtal/Osterzgebirge	
14612	Dresden
14627	Meißen
14628	Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
59 Oberlausitz-Niederschlesien	
14625	Bautzen
14626	Görlitz
60 Südsachsen	
14511	Chemnitz
14521	Erzgebirgskreis
14522	Mittelsachsen
14523	Vogtlandkreis
14524	Zwickau
61 - entfällt -	
62 Mittelrhein-Westerwald	
07111	KS Koblenz
07131	Ahrweiler
07132	Altenkirchen (Westerwald)
07135	Cochem-Zell
07137	Mayen-Koblenz
07138	Neuwied
07140	Rhein-Hunsrück-Kreis
07141	Rhein-Lahn-Kreis
07143	Westerwaldkreis
63 Trier	
07211	KS Trier
07231	Bernkastel-Wittlich
07232	Bitburg-Prüm
07233	Daun
07235	Trier-Saarburg
64 Rheinhessen-Nahe	
07133	Bad Kreuznach
07134	Birkenfeld
07315	KS Mainz
07319	KS Worms
07331	Alzey-Worms

07339	Mainz-Bingen
65 Westpfalz	
07312	KS Kaiserslautern
07317	KS Pirmasens
07320	KS Zweibrücken
07333	Donnersbergkreis
07335	Kaiserslautern
07336	Kusel
07340	Südwestpfalz
66 Rheinpfalz	
07311	KS Frankenthal (Pfalz)
07313	KS Landau in der Pfalz
07314	KS Ludwigshafen am Rhein
07316	KS Neustadt an der Weinstraße
07318	KS Speyer
07332	Bad Dürkheim
07334	Germersheim
07337	Südliche Weinstraße
07338	Ludwigshafen
67 Saar	
10041	Stadtverband Saarbrücken
10042	Merzig-Wadern
10043	Neunkirchen
10044	Saarlouis
10045	Saar-Pfalz-Kreis
10046	Sankt Wendel
68 Unterer Neckar	
08221	KS Heidelberg
08222	KS Mannheim
08225	Neckar-Odenwald-Kreis
08226	Rhein-Neckar-Kreis
69 Franken	
08121	KS Heilbronn
08125	Heilbronn
08126	Hohenlohekreis
08127	Schwäbisch Hall
08128	Main-Tauber-Kreis
70 Mittlerer Oberrhein	
08211	KS Baden-Baden
08212	KS Karlsruhe
08215	Karlsruhe
08216	Rastatt
71 Nordschwarzwald	
08231	KS Pforzheim
08235	Calw

08236	Enzkreis
08237	Freudenstadt
72	Stuttgart
08111	KS Stuttgart
08115	Böblingen
08116	Esslingen
08117	Göppingen
08118	Ludwigsburg
08119	Rems-Murr-Kreis
73	Ostwürttemberg
08135	Heidenheim
08136	Ostalbkreis
74	Donau-Iller (BW)
08421	KS Ulm
08425	Alb-Donau-Kreis
08426	Biberach
75	Neckar-Alb
08415	Reutlingen
08416	Tübingen
08417	Zollernalbkreis
76	Schwarzwald-Baar-Heuberg
08325	Rottweil
08326	Schwarzwald-Baar-Kreis
08327	Tuttlingen
77	Südlicher Oberrhein
08311	KS Freiburg im Breisgau
08315	Breisgau-Hochschwarzwald
08316	Emmendingen
08317	Ortenaukreis
78	Hochrhein-Bodensee
08335	Konstanz
08336	Lörrach
08337	Waldshut
79	Bodensee-Oberschwaben
08435	Bodenseekreis
08436	Ravensburg
08437	Sigmaringen
80	Bayerischer Untermain
09661	KS Aschaffenburg
09671	Aschaffenburg
09676	Miltenberg
81	Würzburg
09663	KS Würzburg
09675	Kitzingen
09677	Main-Spessart

09679	Würzburg
82	Main-Rhön
09662	KS Schweinfurt
09672	Bad Kissingen
09673	Rhön-Grabfeld
09674	Haßberge
09678	Schweinfurt
83	Oberfranken-West
09461	KS Bamberg
09463	KS Coburg
09471	Bamberg
09473	Coburg
09474	Forchheim
09476	Kronach
09478	Lichtenfels
84	Oberfranken-Ost
09462	KS Bayreuth
09464	KS Hof
09472	Bayreuth
09475	Hof
09477	Kulmbach
09479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge
85	Oberpfalz-Nord
09361	KS Amberg
09363	KS Weiden i.d.Opf
09371	Amberg-Sulzbach
09374	Neustadt a.d.Waldnaab
09376	Schwandorf
09377	Tirschenreuth
86	Industrieregion Mittelfranken
09562	KS Erlangen
09563	KS Fürth
09564	KS Nürnberg
09565	KS Schwabach
09572	Erlangen-Höchstadt
09573	Fürth
09574	Nürnberger Land
09576	Roth
87	Westmittelfranken
09561	KS Ansbach
09571	Ansbach
09575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windshe
09577	Weißenburg-Gunzenhausen
88	Augsburg
09761	KS Augsburg

09771 Aichach-Friedberg
09772 Augsburg
09773 Dillingen a.d.Donau
09779 Donau-Ries

89 Ingolstadt

09161 KS Ingolstadt
09176 Eichstätt
09185 Neuburg-Schrobenhausen
09186 Pfaffenhofen a.d.Ilm

90 Regensburg

09273 Kelheim
09362 KS Regensburg
09372 Cham
09373 Neumarkt i.d.Opf.
09375 Regensburg

91 Donau-Wald

09262 KS Passau
09263 KS Straubing
09271 Deggendorf
09272 Freyung-Grafenau
09275 Passau
09276 Regen
09278 Straubing-Bogen

92 Landshut

09261 KS Landshut
09274 Landshut
09277 Rottal-Inn
09279 Dingolfing-Landau

93 München

09162 KS München
09174 Dachau

09175 Ebersberg
09177 Erding
09178 Freising
09179 Fürstenfeldbruck
09181 Landsberg a.Lech
09184 München
09188 Starnberg

94 Donau-Ilser (BY)

09764 KS Memmingen
09774 Günzburg
09775 Neu-Ulm
09778 Unterallgäu

95 Allgäu

09762 KS Kaufbeuren
09763 KS Kempten (Allgäu)
09776 Lindau (Bodensee)
09777 Ostallgäu
09780 Oberallgäu

96 Oberland

09173 Bad Tölz-Wolfratshausen
09180 Garmisch-Partenkirchen
09182 Miesbach
09190 Weilheim-Schongau

97 Südostoberbayern

09163 KS Rosenheim
09171 Altötting
09172 Berchtesgadener Land
09183 Mühldorf a.Inn
09187 Rosenheim
09189 Traunstein